



Malte Daniljuk (Hrsg.)

FACETTEN EINES KONFLIKTS

**HINTERGRÜNDE UND DEUTUNGEN
DES KRIEGS IN DER UKRAINE**

INHALT

Vorwort	3
Malte Daniljuk Demokratische Opposition vs. autokratischer Herrscher	5
Der Mythos in der Auslandsberichterstattung am Beispiel des Ukraine-Konflikts in deutschen Medien	
Lutz Brangsch Über welchen Konflikt reden wir eigentlich?	13
Taras Salamaniuk Verworrene Wege der Linken	18
Zwischen regionalen Maidanen und Anti-Maidanen	
Vitalij Atanasov Parlamentswahlen in der Ukraine	25
Schlüsselprobleme bleiben ungelöst	
Tiina Fahrni Unmöglich, zur Ukraine keine Meinung zu haben	30
Eine Krise als Wende- und Streitpunkt	
Die gegenwärtige Situation ist eine Tragödie	36
Interview mit Olexandra Nasarowa und Maxym Butkewytsch zur Situation von Binnenflüchtlingen in der Ukraine	
Judith Dellheim Die wirtschaftliche und soziale Lage in der Ukraine	40
Lutz Brangsch Zwischen den Großmächten zerrieben, von innen zerrissen	47
Die Jahre 2013 und 2014 in der Ukraine	
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	54

VORWORT

Vor etwas mehr als einem Jahr begannen die Proteste auf dem Kiewer Maidan. Am 21. November 2013 starteten verschiedene Oppositionsparteien einen Protestmarathon, der die politischen Verhältnisse langfristig veränderte: nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Europa und weltweit. Wenige Stunden zuvor hatte Ministerpräsident Mykola Asarow bekannt gegeben, dass die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union ausgesetzt werden. Unter dem Hashtag #Euromaidan mobilisierte ein Bündnis, das die Zukunft der Ukraine ausschließlich bei der Europäischen Union sehen wollte.

Vom ersten Tag an wies das politische Spektrum, das den Platz besetzte, besondere Merkmale auf. Neben dem Bündnis aus Vitalij Klitschkos «Ukrainischer demokratischer Allianz für Reformen» (UDAR) und der Allukrainischen Vereinigung «Vaterland» von Julia Timoschenko, die sich zu diesem Zeitpunkt noch in Haft befand, bestimmten die Rechtsextremisten aus Swoboda und dem Rechten Sektor das Geschehen auf dem Platz. Internationale Unterstützung erhielten die Demonstranten frühzeitig von US-Senator John McCain und der Staatssekretärin des US-Außenministeriums Victoria Nuland, während sich Politiker aus der Europäischen Union noch wochenlang sehr zurückhaltend verhielten.

Ein Jahr später herrscht in der Ostukraine Krieg. Über 1.000 Menschen starben allein während der angeblichen Waffenruhe zwischen den Aufständischen in den abtrünnigen Gebieten Lugansk und Donezk und dem ukrainischen Militär beziehungsweise den Freiwilligenverbänden. Insgesamt kamen bisher schätzungsweise 4.000 Menschen ums Leben. Ein Großteil der Gebäude und der Infrastruktur im Osten des Landes ist zerstört. Etwa eine Million Menschen wurden aus ihren

Häusern vertrieben und leben als Flüchtlinge in Russland oder in der Ukraine. Die UNO warnt inzwischen vor einem «ausgewachsenen Krieg». Die Einflussnahme Russlands auf den Konfliktverlauf ist dabei offensichtlich. Die NATO führt Manöver in der Ukraine durch, und Russland nahm die Aufklärungsflüge seiner Langstreckenbomber an der Küste Nordamerikas wieder auf. Europa und die USA verhängten weitreichende Sanktionen gegen Russland.

In Deutschland führte der Konflikt in der und um die Ukraine zu einer Form der öffentlichen Polarisierung, die das Land seit dem Mauerfall nicht mehr erlebt hat. Die Darstellung des Konflikts in Politik und Öffentlichkeit beschrieb Gregor Gysi mit den Worten: «Man hat den Eindruck, medial wieder im Kalten Krieg zu leben.» Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bemüht sich um eine differenzierte Sicht auf die inneren Prozesse in der Ukraine. Eindeutige Zuweisungen der Verantwortung für den Krieg greifen zu kurz. Mit unseren Aktivitäten tragen wir dazu bei, mehr Verständnis für die verworrene Situation zu erzeugen, Brücken zwischen den progressiven Kräften auf allen Seiten zu schlagen und den Kampf der Betroffenen für Frieden und soziale Gerechtigkeit in schwierigen Zeiten zu fördern.

Mit dieser Publikation aus der Reihe Materialien legen wir Texte vor, die helfen sollen, die Ereignisse in der Ukraine in größere Kontexte einzuordnen.

Den Ausgangspunkt bildet eine Beschreibung der Berichterstattung über die Ukraine in deutschen Medien während des letzten Jahres. Malte Daniljuk untersucht die zentralen inhaltlichen Motive, die das medial vermittelte Wissen über den Konflikt bestimmten, und zieht Schlussfolgerungen, wie das Publikum mit den Produkten journalistischer Arbeit aus Kriegs- und Krisengebieten umgehen sollte.

Lutz Brangsch blickt zunächst darauf zurück, wie der Konflikt entstand und welche historischen und politischen Faktoren zur Eskalation beitrugen. Dazu gehört ein erster Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des Landes sowie eine Übersicht, wie die Ukraine geschichtlich zu einer Wahrnehmung als eigenständige Nation gelangte.

Im Anschluss schildern mehrere Autorinnen und Autoren aus der Binnenperspektive das Vorgehen der unabhängigen linken Gruppen und Parteien in der Region. Taras Salamanjuk beschreibt ausführlich, wie die unterschiedlichen linken Gruppen in der Ukraine sich innerhalb des Konflikts positionierten, wobei er sich besonders auf die weniger bekannten Regionen außerhalb Kiews konzentriert. Bei seinen Schilderungen stützt er sich zu großen Teilen auf seine engen Kontakte mit den «antiautoritären» Strömungen der ukrainischen Linken. Während die tragischen Ereignisse mit ihren vielen Toten auf dem Kiewer Maidan und in Odessa weltweit mit Entsetzen zur Kenntnis genommen wurden, blieben viele Proteste außerhalb Kiews nahezu unbeachtet.

Der Kiewer Journalist Vitalij Atanasov analy-

siert in seinem Beitrag die letzten Parlamentswahlen in der Ukraine. Die Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau, Tiina Fahrni, erläutert Blickweisen auf den Ukraine-Konflikt insbesondere anhand von Beiträgen aus den verschiedensten Strömungen der russischen Linken.

Eine zentrale und öffentlich kaum wahrgenommene Problematik ist das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen aus der Ostukraine. Sowohl für die ukrainische als auch für die russische Linke stellt die Flüchtlingshilfe ein zentrales Feld ihrer praktischen Arbeit dar. Im Interview schildern die Flüchtlingsaktivisten Olexandra Nasarowa und Maxym Butkevych die Lage in der Ukraine.

Der Anlass des aktuellen Konflikts besteht in unterschiedlichen Orientierungen für die wirtschaftliche Zukunft der Ukraine. Judith Dellheim untersucht die soziale und wirtschaftliche Lage in der Ukraine und stellt Schlaglichter aus der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte vor.

Schließlich fasst Lutz Brangsch noch einmal die wesentlichen Ereignisse in der Ukraine in den letzten beiden Jahren zusammen.

Malte Daniljuk

DEMOKRATISCHE OPPOSITION VS. AUTOKRATISCHER HERRSCHER

DER MYTHOS IN DER AUSLANDSBERICHTERSTATTUNG AM BEISPIEL DES UKRAINE-KONFLIKTS IN DEUTSCHEN MEDIEN

Die Krise um die Ukraine hat die deutsche Öffentlichkeit in bisher ungekannter Weise polarisiert. Allerdings standen sich nicht, wie in einem liberalen Schema von Öffentlichkeit vorgesehen, unterschiedliche Meinungen im Raum der medial abgebildeten Öffentlichkeit gegenüber. Die Gräben verliefen zwischen großen Teilen des Publikums und den professionellen Redaktionen. Die Netzmedien trugen wesentlich dazu bei, diese Meinungskluft in bisher ungekannter Weise zu repräsentieren.

Der Ukraine-Konflikt in den deutschen Medien

Als sich ab 21. November 2013 die ersten großen Demonstrationen auf dem Kiewer Maidan-Platz sammelten, um dagegen zu protestieren, dass die Regierung Janukowitsch das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union suspendiert hatte, waren die Redaktionen für Außenpolitik zunächst überrascht. Innerhalb weniger Tage setzte sich jedoch eine dominante Lesart der Ereignisse durch, die Kennern der innenpolitischen Situation in der Ukraine bereits als undifferenziert beziehungsweise einseitig erscheinen musste. Diese Art der ersten Berichte legte bereits Schemen vor, die über das gesamte folgende Jahr weitererzählt werden sollten.

Vom ersten Tag an spielten Argumente gegen das betreffende Abkommen kaum eine Rolle. Dass es etwa auch Demonstrationen gegen eine EU-Assoziierung gab, wurde höchstens nebenbei erwähnt. Die Berichterstattung bildete keine gesellschaftliche Debatte um ein kontroverses Thema ab, sondern benannte polare Positionen – für oder gegen das Abkommen.

Stellungnahmen und Sichtweisen der damaligen Opposition nahmen unverhältnismäßig großen Raum ein. Berichte suggerierten teilweise, dass eine Gesamtheit («die Hauptstadt Kiew», «die Ukraine») sich «gegen Präsident Viktor Janukowitsch auflehnt».¹ Als scheinbar unabhängige Experten bezeugten Vertreter prowestlicher Thinktanks wie die Renaissance-Stiftung diese dominante Sichtweise.

Das politische Spektrum des Euro-Maidan wurde nicht vollständig abgebildet. So wurde zwar teilweise erwähnt, dass sich gemeinsam mit den Parteien von Vitalij Klitschko und Julia Timoschenko auch Rechtsradikale von der Partei Swoboda an dem Bündnis beteiligten, die unmittelbar militant gegen Institutionen der gewählten Regierung und die Polizei vorgehen. Sie wurden in der Berichterstattung jedoch beschönigt («Nationalisten», «rechtspopulistisch»)². Ihr Auftreten wurde im Folgenden entweder unkommentiert hingenommen oder vollständig verschwiegen. Die teilweise extrem gewalttätigen Formen des Protests wurden entweder ignoriert oder ungewöhnlich unkritisch als selbstverständlicher Ausdruck einer «demokratischen Opposition» gegen einen nicht legitimierten Herrscher hingenommen.

Dieser starke Grad an negativer Personalisierung, anfänglich bezogen auf die Person von Präsident Viktor Janukowitsch, bestimmte die Berichterstattung von Anfang an. Bei der Frage von dessen Legitimität hätte ein schneller Blick auf die regionale Stimmenverteilung bei den vergangenen Wahlen³ bereits ausgereicht, um zu erkennen, dass keine Regierungspartei in der jüngeren Geschichte der Ukraine über eine landesweite Anerkennung verfügte.

Hintergründe zum politischen und wirtschaftlichen System der Ukraine, ihren Politikern und Parteien, die angesichts der zumindest anfänglich häufig zitierten «Orangen Revolution» zum Grundlagenwissen gehören müssten, spielten kaum eine Rolle. Eine auffällige Auslassung stellt dies schon deshalb dar, weil Teile der EU, insbesondere Deutschland, mit dem Assoziierungsabkommen unter anderem die Forderung verbunden hatten, die rechtskräftig verurteilte Politikerin Julia Timoschenko vorzeitig zu entlassen, wie anfänglich noch berichtet wurde.⁴ Der Konflikt war also unmittelbar mit dem widersprüchlichen Charakter der politischen Parteien verbunden.

Massive und konsonante Darstellung

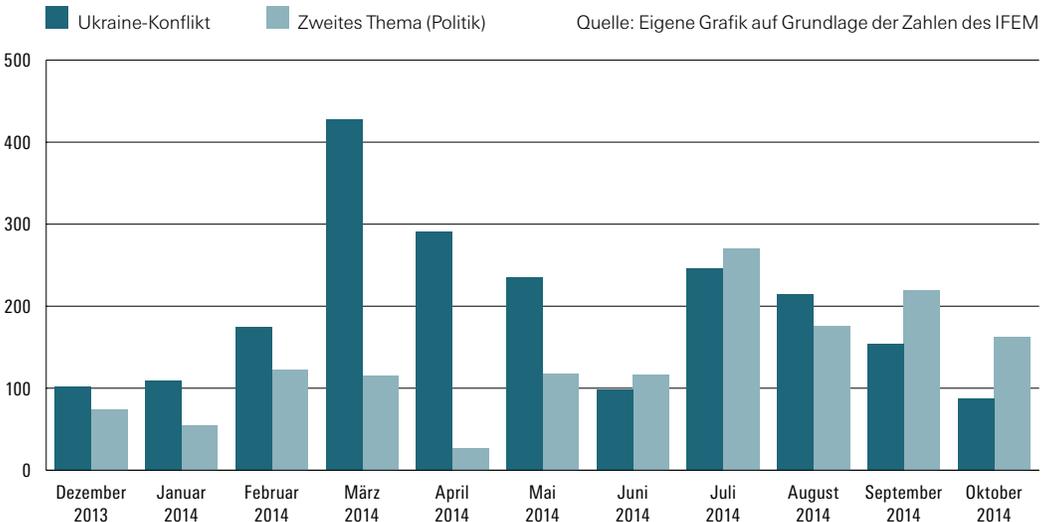
Ein Vergleich der ersten Berichte über den sich abzeichnenden innenpolitischen Konflikt in der Ukraine zeigt bereits, dass in den verschiedenen professionellen Massenmedien, privat und öffentlich, in Radio, Print und Fernsehen, stark einheitlich berichtet wurde. Der absolut überwiegende Teil der Beiträge

stammte von den großen Agenturen Reuters, AFP und dpa, was übergreifend über verschiedene Medien zu exakt gleichlautenden Berichten führte. Dort, wo eigene Korrespondenten berichteten, saßen diese zu diesem Zeitpunkt in Moskau und Warschau. Kein einziges deutsches Medium hatte einen eigenen dauerhaft stationierten Korrespondenten in der Ukraine. Ab Dezember 2013 nahm der Anteil der Berichte über die Ukraine deutlich zu, ohne dass der bereits eingeführten Lesart des Konflikts wesentlich neue Sichtweisen hinzugefügt wurden. Laut Infomonitor des Instituts für empirische Medienforschung (IFEM) stellte das Land bereits im Dezember das mit Abstand wichtigste Auslandsthema.⁵

Die Berichterstattung über die Ukraine war so außergewöhnlich massiv, dass sie den Anteil der deutschen Politikberichterstattung insgesamt nach oben trieb, obwohl der Dezember sonst ein politisch eher ereignisarmer Monat ist.

In den folgenden sechs Monaten blieb der Konflikt nicht nur das bestimmende außenpolitische Thema, sondern das Hauptthema

Wichtigste Themen der TV-Nachrichten in Minuten pro Monat



der Nachrichten überhaupt, wobei der März mit der Besetzung der Krim den absoluten Höhepunkt bildete. Erst ab Juni 2014 verdrängten zunächst die Fußballweltmeisterschaft und schließlich die Offensive der Organisation «Islamischer Staat» in Syrien und im Irak das Thema von seinem Spitzenplatz. Seit September liegt der Umfang der Berichterstattung wieder auf dem bereits hohen Niveau des Dezember 2013.

Damit erreichte die Ukraine-Berichterstattung frühzeitig die beiden Merkmale, die ein Thema medienpolitisch besonders relevant werden lassen. Medial vermittelte Inhalte entfalten dann eine besondere Wirkung auf die Sichtweise von relevanten Teilen des Publikums, wenn sie sowohl massiv als auch konsonant auftreten. In einer liberal verfassten Mediendemokratie sollte dieser Fall theoretisch gar nicht eintreten können. Unterschiedliche Eigentumsformen und Eigentümer sowie verschiedene Einzelmedien mit ihren jeweiligen Redaktionen sollten eine Außenpluralität garantieren, dass also eine Vielfalt von Anbietern gewährleistet, dass das Publikum ausgewogene Informationen erhält. Zudem sollte die Gestaltungs- und Meinungsfreiheit innerhalb einer Medienorganisation für eine gewisse Binnenpluralität sorgen. Damit ist gemeint, dass auch Nutzer eines Einzelmediums die Möglichkeit haben müssen, ein vielfältiges Spektrum von Informationen und Meinungen kennenzulernen. Der Grundsatz der Binnenpluralität besitzt Verfassungsrang besonders für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland.

Produktion von Mainstream

Die Tendenz, bestimmte Interpretationen von Ereignissen zu vereinheitlichen, widerspricht zwar dem normativen Anspruch einer modernen und demokratischen Gesellschaft. Es handelt sich aber um eine feste soziale Kons-

tante. Der französische Ethnologe Claude Lévi-Strauss stellte fest, dass menschliche Gesellschaften durch bestimmte Erzählungen verbunden sind, die für das Denken der Gruppe eine repräsentative Funktion ausüben.⁶ Um

Der Mythos, um den sich die mediale Darstellung des Ukraine-Konflikts gruppiert, lautet: «Eine demokratische Opposition verteidigt sich gegen einen autokratischen Herrscher.»

dieses zentrale Selbstverständnis, das sich auf einen Satz mit Subjekt, Handlung und, wenn nötig, einem Objekt reduzieren lässt, werden alle weiteren Erzählungen und ihre Elemente gruppiert. Elementar für das geteilte Selbstverständnis und damit das Funktionieren der Gruppe ist, so Claude Lévi-Strauss, dass alle ihre Mitglieder diese konstitutive Erzählung, diesen Mythos, anerkennen und sich aktiv an seiner Forterzählung beteiligen.

Der Mythos, um den sich die mediale Darstellung des Ukraine-Konflikts gruppiert, lautet: «Eine demokratische Opposition verteidigt sich gegen einen autokratischen Herrscher.» Die beiden Akteure bilden das für einen Mythos typische Gegensatzpaar – demokratisch vs. autokratisch – und schließen an den alles beherrschenden Mythos westlicher Gesellschaften an: «wir = demokratisch». Der absolut überwiegende Teil der internationalen Konfliktberichterstattung, nicht nur im Fall der Ukraine, fügt diesem Mythos weitere Elemente hinzu – Lévi-Strauss nannte sie Mytheme, Scripte und Typen, die darauf angelegt sind, das zentrale Selbstverständnis zu bestätigen und variantenreich immer wieder neu zu erzählen.

In den 1960er Jahren wendete Roland Barthes die Methode der strukturalen Analyse von Mythen erstmals auf ein modernes Mediensystem und seine Bildersprache an. Nicht ganz zufällig wählte er die Auslandsberichterstattung als Gegenstand seiner Untersuchung,

da sich hier schematische Bilder von der Welt, das produzierte Weltbild, besonders deutlich abzeichnen. Die französischen Medien, so Roland Barthes, entfernen nicht die französische Imperialität aus ihrer Darstellung der Kolonien. Entfernt werden die Eigenschaften des Kolonialismus. Eine Funktion des Mythos besteht darin, ein Gesprächsthema anzubieten, aber das Thema zu bereinigen. «Die Dinge verlieren in ihm die Erinnerung an ihre Herstellung. Der Mythos ist eine entpolitisierte Aussage.»⁷

In der jüngeren Medien- und Kommunikationswissenschaft wird die Entstehung von dem, was Claude Lévi-Strauss und Roland Barthes den Mythos nannten, also das Entstehen und die Folgen einer von Widersprüchen bereinigten schematischen Aussage, unter den Begriffen *Frame* oder *Mainstreaming*⁸ behandelt. Der Journalismus beschreibt seine diesbezüglichen Tätigkeiten mit den einfachen Handlungen Auswählen, Gewichten und Kommentieren. Letztlich bleiben es aber unterschiedliche Aspekte der gleichen Handlung: eine plausibel wirkende Erzählung für einen gruppenbezogenen Konsens herstellen.

Inhaltliche Bereinigung der Ukraine

Anhand der drei Elemente des Ukraine-Mythos – «demokratische Opposition», «sich verteidigen gegen» und «autokratischer Herrscher» – können im Jahresverlauf unzählige Aspekte ausgemacht werden, welche die Plausibilität dieser zentralen Erzählung empfindlich hätten stören müssen. Einige Punkte, die den demokratischen Charakter der damaligen Opposition betreffen, wurden oben bereits benannt.

Im gesamten vergangenen Jahr schaffte es kein einziges deutsches Medium, eine kritische Analyse der jüngeren ukrainischen Geschichte vorzulegen, die auch nur andeutet, was alle in der Ukraine wissen und was sogar ein zentrales Motiv für viele Teilnehmer an den Maidan-Protesten war: dass die Vertreter aller

etablierten Parteien Einflussfiguren der sogenannten Oligarchen sind. Die so bezeichneten Unternehmer kamen zunächst ausschließlich aus den Branchen Energie und Stahl, welche aus wirtschaftlichen Gründen gute Gründe für enge Bindungen an Russland haben (u. a. Rinat Achmetov, Viktor Pintschuk und Dmytro Firtasch). Andere Oligarchen wie Petro Poroschenko traten in deutschen Medien hingegen unter der sachlichen Bezeichnung *Milliardär*, *Magnat* und «Unterstützer der Orangen Revolution» auf.

Ausgerechnet der Ausgang der «Orangen Revolution», die Machtergreifung von Viktor Juschtschenko (Unsere Ukraine) und Julia Timoschenko, hatte das Land genau zehn Jahre zuvor in neue Untiefen von Korruption und Willkür gestürzt. Entsprechend wählte ein Großteil der Ukrainer sechs Jahre später mehrheitlich Viktor Janukowitsch (Partei der Regionen). Die beiden offensichtlich beschädigten Protagonisten der «Orangen Revolution» traten in der Berichterstattung denn auch deutlich in den Hintergrund. Die erkennbaren Gesichter der aktuellen Konjunktur stellten unverbrauchte Figuren wie Vitalij Klitschko und Arsenij Jazenjuk aus der Vaterlandspartei von Timoschenko. Die Gasprinzessin selbst blieb auch dann noch im Hintergrund des medial vermittelten Geschehens, als sie am 18. März telefonisch kundtat, dass sie «diese verdammten Russen abknallen» und den «Bastard Putin in den Kopf schießen» wolle.⁹

Das linguistische Prädikat des Ukraine-Mythos – «sich verteidigen gegen» – setzt darauf, dass die offensive und gewalttätige Strategie der Opposition, die sich über alle möglichen Gesetze stellte, als solches nicht gewürdigt wurde. Bis einschließlich Februar 2014 berichteten deutsche Journalisten vollkommen wertungsfrei darüber, dass die Opposition Barrikaden baute, öffentliche Gebäude besetzte oder anzündete oder den öffentlichen Verkehr unterbrach. Natürlich gehörten auch körperliche Attacken auf Polizisten und politisch An-

dersdenkende zum scheinbar selbstverständlichen Inventar demokratischer Proteste. Der Angreifer war in der Sprache der Journalisten durchgehend «der Staat» («Die Berkut greifen an»), während sich die Opposition grundsätzlich verteidigt.

Darin wurde sie ab Mitte Dezember von höchster Stelle offiziell unterstützt: «US-Verteidigungsminister Chuck Hagel warnt die ukrainische Führung, Demonstranten militärisch zurückzudrängen.»¹⁰ Spätestens ab diesem Zeitpunkt war für kritische Leser deutlich, dass es sich um einen Konflikt mit internationalen Dimensionen handelt. In der Ukraine traten zu diesem Zeitpunkt bereits Akteure wie US-Senator John McCain¹¹ auf, der in den USA als Lobbyist des größten amerikanischen Energieunternehmens Exxon bekannt ist («Exxon-John»). Auch die Staatssekretärin des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, gehörte zu den frühesten internationalen Gästen auf dem Maidan.¹² Eine Einordnung geopolitischer Interessen und insbesondere derer der USA an der Ukraine boten deutsche Medien kaum. Konkrete wirtschaftliche Vereinbarungen, etwa von Exxon und Chevron, sind bis heute kein Thema, ein Jahr nach dem Ausbruch der Krise.

Das linguistische Objekt, der «autokratische Herrscher», machte im Verlauf der Berichterstattung interessante Wandlungen durch. Überflüssig festzustellen, dass die Entscheidung des gewählten Präsidenten, ein zweifelhaftes Abkommen mit der EU zu unterzeichnen, im journalistischen Verständnis ebenso eine Angriffshandlung darstellt wie seine Weigerung, vorzeitig zurückzutreten.

Der Begriff Paradigma bezeichnet in der Linguistik einen Gegenstand, der ohne inhaltliche Verluste durch andere Objekte ausgetauscht werden kann. Ab Mitte Dezember wurde das Paradigma «autokratischer Herrscher» zusehends von einem anderen Politiker besetzt: Vladimir Putin. Dabei wurden in normalen nachrichtlichen Beiträgen frühzeitig emoti-

onale beziehungsweise psychologisierende Kategorien zur Anwendung gebracht¹³ («Kalt, skrupellos, erfolgreich: Was treibt den Mann im Kreml?»¹⁴). Ab diesem Zeitpunkt gestaltete sich der Ukraine-Konflikt für deutsche Leser zunehmend als ein Konflikt mit Russland und nicht mehr als innerukrainisches Problem.

Oppositionelle Lesarten internationaler Politik

In den 1970er Jahren setzte der jamaikanisch-britische Soziologe Stuart Hall die strukturalistische Methode der Medienanalyse fort. Die Diskussionen der «Cultural Studies» räumten vor allem mit dem Bild vom passiven Rezipienten auf. Ausgehend von der «relativen Autonomie» der übermittelten Nachricht stellte Stuart Hall fest, dass die Empfänger unterschiedlich mit ihrem Inhalt umgehen und ihn keineswegs immer in der beabsichtigten dominanten Lesart übernehmen. Daneben besteht eine «ausgehandelte Position». Der Zuschauer erkennt zwar die Legitimität der hegemonialen Position grundsätzlich an, zweifelt aber aufgrund der eigenen Erfahrungen an ihrer generellen Gültigkeit. Ein drittes Zuschauerverhalten beschreibt Hall als oppositionelle Lesart: Zuschauer können die Nachricht auf völlig gegensätzliche Weise verstehen. «Einer der wesentlichen politischen Momente (sie fallen übrigens aus offensichtlichen Gründen mit den Krisensituationen innerhalb der Sendeanstalten selbst zusammen) wird von dem Punkt markiert, an dem Ereignissen, die normalerweise in ausgehandelter Form bezeichnet und dekodiert werden, eine oppositionelle Lesart zugeschrieben wird.»¹⁵

Bisher war die Frage, wie welche Teile des Publikums auf Medieninhalte reagieren, ob sie die dominante Lesart internalisieren oder gar ein oppositionelles Verständnis entwickeln, Gegenstand von Spekulationen oder aufwendigen repräsentativen Befragungen. Eine öffentliche Repräsentation oppositioneller Diskurse fehlte weitgehend, wenn der Medi-

enwissenschaft auch klar war, dass unterhalb der medial vermittelten Öffentlichkeit eine andere, eine Encounter- beziehungsweise eine Mund-zu-Mund-Öffentlichkeit besteht, die sich gefährlich weit von den hegemonialen Diskursen entfernen kann.

Das wichtigste medienpolitische Ereignis des vergangenen Jahres besteht darin, dass große Teile des deutschen Publikums mithilfe der Netzmedien ihrer oppositionellen Lesart, in diesem Fall des Ukraine-Konflikts, drastisch und unmissverständlich öffentlich Ausdruck verliehen haben. In den sozialen Netzwerken und den Online-Foren der

großen Inhalteanbieter entlud sich Widerspruch in bisher ungekannter Form. Das, was ich an anderer Stelle als «Götterdämmerung des Auslandsjournalismus»¹⁶ bezeichnet habe, wird zukünftig die politische Kommunikation im Zusammenhang mit internationalen Konflikten massiv beeinflussen, zumal ein derartiger Vertrauensverlust normalerweise einen sehr nachhaltigen Charakter aufweist. Für große Teile des Publikums ist der Kaiser nackt. Auch wenn es zu früh ist, die inneren Logiken und Auswirkungen dieser Protestwelle detailliert zu beschreiben, lassen sich einige Hypothesen formulieren. Die massive und konsonante Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt hat – erstens – keineswegs dazu geführt, dass das Publikum die intendierte Lesart verinnerlichte, sondern sie hat das Vertrauen in die traditionellen Massenmedien, auch das Selbstvertrauen innerhalb der Medienapparate, massiv beschädigt. Dies beschreibt etwa Annette Milz, Chefredakteurin vom *Medium-Magazin*, wenn sie von einer «Parallelwelt der Meinungen» spricht, die die «Glaubwürdigkeit der etablierten Medien ins Wanken bringt».¹⁷

Das Publikum hat es – zweitens – gelernt, eigene Sichtweisen effektiv öffentlich vorzubringen. Allerdings nutzt nur eine Minderheit dafür eigene Publikationskanäle. Zum absolut überwiegenden Teil befinden sich die oppositionellen Meinungsäußerungen unter der technischen Hoheit der traditionellen Medien, in ihren Kommentarspalten und Foren. Die Medienwissenschaftler Christian Baden und Nina Springer untersuchten die Leserkommentare auf dem

Höhepunkt der europäischen Schuldenkrise im Jahr 2012. Sie fanden heraus, dass die Kommentare größtenteils damals innerhalb des inter-

pretativen Repertoires der genutzten Medien blieben. «Allerdings nutzen sie den Medienframe ziemlich frei, um ihre eigene Sichtweise zu entwickeln, den Fokus zu verlagern und neue Aspekte herauszuarbeiten.»¹⁸ Zwar seien damals keine «einheitlichen alternativen Repertoires» entwickelt worden, aber die Nutzer ergänzten auf wertvolle Weise die Vielfalt von den Anliegen, die auf den großen Nachrichtenseiten diskutiert wurden.

Die etablierten Medien haben sich – drittens – als unfähig und unwillig erwiesen, oppositionelle Lesarten auch nur ansatzweise zu integrieren, um etwa eine ausgehandelte Position zurückzugewinnen. Weder führte die öffentliche Kritik dazu, dass sich die redaktionelle Linie hinsichtlich der Ukraine-Berichterstattung substantiell änderte. Noch wurde die Fehlerhaftigkeit der eigenen Arbeit auch nur eingeräumt. Innerhalb der privaten Medien dominiert öffentlich eine aggressive Abwehrhaltung. Die zuständigen Redakteure versuchen, die Kritik durch das Publikum als «gesteuerte Kampagne» zu rationalisieren. Inzwischen nutzen die großen Anbieter ihre Verfügungsmacht, um die Möglichkeit, zu

Die massive und konsonante Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt hat keineswegs dazu geführt, dass das Publikum die intendierte Lesart verinnerlichte.

kommentieren, grundsätzlich einzuschränken oder unangepasste Meinungsbeiträge zu zensieren. Auch bei den privaten Netzwerken Facebook und Twitter wurden Nutzer aus politischen Gründen zensiert oder vollständig gesperrt. Die öffentlich-rechtlichen Medien sahen sich teilweise gezwungen, Probleme einzuräumen, wobei sie ihren systematischen Charakter in Abrede stellten und auf bedauerliche Einzelfälle verwiesen.¹⁹

Kriegerische Berichterstattung

Im Kern bietet der journalistische Umgang mit der Ukraine ein Modell dafür, wann Kriegsberichterstattung zu kriegerischer Berichterstattung wird, die Journalisten also nicht mehr als Reporter, sondern als Teilnehmer des Konflikts eingestuft werden müssen, dafür, wann Medien als kriegführende Partei wahrgenommen werden sollten. Insofern kann der Nutzen einer ansonsten äußerst beschämenden Situation darin bestehen, Warnhinweise abzuleiten, die es den Zuschauern ermöglichen, rechtzeitig Maßnahmen zur Autoimmunisierung einzuleiten.

Ein zentrales Warnsignal besteht sicher im erzählerischen Motiv «Demokratische Opposition verteidigt sich gegen autokratischen Herrscher». Dieser Mythos erweist sich bei einem genaueren Rückblick als ein Paradigma, das im Zusammenhang mit zahlreichen Fällen von westlichen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auftritt. Da mythische Erzählungen sich im Wesentlichen aus dem Selbstverständnis der Erzähler speisen und nur teilweise bewusst gestaltet sind, lässt sich sicher vorhersagen, dass wir diese Geschichte auch in Zukunft noch häufiger hören werden.

Es handelt sich um ein Motiv, dessen Aktanten austauschbar sind, egal ob es sich um Georgien, Irak, Iran, Libyen, Sudan, Syrien, Russland oder Venezuela handelt. Dabei funktioniert die Erzählung völlig unabhängig davon, wie de-

mokratisch oder autokratisch die Regierungsform des jeweiligen Landes ist, wie demokratisch oder gar faschistoid die Opposition verfasst ist – Stichwort: Libyen, Syrien, Sudan und Ukraine. Für das Publikum sollte die goldene Regel gelten: Menschenrechte waren noch nie ein handlungsleitendes Motiv für außenpolitische Entscheidungen und schon gar kein Grund dafür, einen Krieg zu entfesseln.

Ein zweiter deutlicher Warnhinweis besteht in einer aggressiven Personalisierung bei der Beschreibung gesellschaftlicher Probleme. Wenn Menschen, die sich professionell mit Politik beschäftigen, seien es Journalisten oder Politiker, auch nur versuchen, den Eindruck zu erwecken, dass ein manifester gesellschaftlicher Missstand maßgeblich von einer einzelnen Person verantwortet wird, sollte man ihnen sofort das Misstrauen aussprechen und das Abonnement kündigen. Eine derartig defizitäre Problembeschreibung ist nicht einfach beleidigend unprofessionell, sondern dient in der Regel dazu, von anderen, verdeckten Interessen- und Konfliktlagen abzulenken. Politik ist organisiertes Gruppenhandeln. Die offensive Stigmatisierung einzelner gegnerischer Repräsentanten zielt darauf ab, einen Konflikt zu eskalieren.

Damit haben sich die Signale im eigentlichen Sinn schon erschöpft, denn weitere Hinweise bestehen vor allem darin, dass etwas nicht berichtet wird. Auslassungen und Lücken bei der Beschreibung eines Konflikts bieten zwar zuverlässige Hinweise auf strategische Absichten der berichtenden Person. Sie sind aber ihrer Natur nach schwerer zu erkennen, weil sie genau in der Abwesenheit von etwas bestehen.

Eine strategische Auslassung lässt sich etwa aus dem für Konflikte typischen Verlauf ableiten. Sie eskalieren normalerweise zwischen zwei Parteien in einer spiralförmigen Schaukelbewegung. Wenn eine berichtende Person in ihrer Darstellung das Aggressions- und Gewaltpotenzial einer der beteiligten Parteien he-

runterspielt beziehungsweise ausblendet und eventuelle Gewaltmaßnahmen dieser Partei als notwendiges Verteidigungshandeln rechtfertigt, liegt häufig – nicht immer – eine Parteinarbeit vor.

Dieser Verdacht sollte auch bei einer polarisierenden Darstellung überprüft werden, wenn also über gesellschaftliche Zwischenpositionen nicht berichtet wird. In allen gesellschaftlichen Konflikten bestehen zusätzlich zu den beiden dominanten Antagonisten dritte Positionen, die anfänglich sogar die schweigende Mehrheit ausmachen. Im Verlauf einer Eskalation werden sie häufig zu Minderheitspositionen. Medien, die eine solche Polarisierung durch ihre Berichterstattung unterstützen, sind – freiwillig oder unfreiwillig – Kriegspartei.

Zum Bereich verdächtig taktisches Verhalten kann es schließlich auch gehören, wenn die Berichterstattung ausschließlich auf den jeweils aktuellen Zustand eines Konflikts fokussiert und den Vorlauf, relevante Hintergründe und externe Interessen nicht benennt. Spätestens wenn alle drei Haltungen in der Berichterstattung auftauchen – Positionierung, Polarisierung und Aktualitätsfixierung –, sollten bewusst andere Quellen herangezogen werden.

1 Bidder, Benjamin: Straßenschlachten in Kiew. Hunderte Verletzte bei Revolte gegen Janukowitsch, Spiegel Online, 1.12.2013, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/strassenschlachten-in-kiew-aufstand-gegen-janukowitsch-a-936650.html. **2** Eichhofer, André: Neuer Aufbruch am Maidan, in: Die Zeit, 26.11.2013, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2013-11/ukraine-proteste-studenten/seite-2. **3** Präsidentschaftswahl in der Ukraine 2010. Ergebnisse der Stichwahl nach Wahlkreisen: http://de.wikipedia.org/wiki/Präsidentschaftswahl_in_der_Ukraine_2010#mediaviewer/File:Другий_тур_2010_по_округах-en.png. **4** EU drängt Ukraine zur Freilassung Timoschenkos, in: Süddeutsche Zeitung, 21.10.2010. **5** Das IFEM erfasst die Hauptnachrichtensendungen von ARD, ZDF, RTL und Sat.1. Vgl. Infomonitor, unter: www.ifem.de/infomonitor/jahr-2014. **6** Lévi-Strauss, Claude: Mythologiques, Bd. I bis III, Frankfurt am Main 1964–1971. **7** Barthes, Roland: Mythen des Alltags, Frankfurt am Main [1957] 2003, S. 130. **8** Vgl. dazu Hawkins, Robert/Pengree, Suzanne: Divergent psychological processes in constructing social reality from mass media content, in: Signorielli, Nancy/Morgan, Michael (Hrsg.): Cultivation Analysis: New Directions in Media Effect Research, Newbury Park 1990, S. 35–59. **9** Zit. nach: BILD, 25.3.2014 (Ich bin bereit, «Bastard» Putin in den Kopf zu schießen), unter: www.bild.de/politik/ausland/julia-timoschenko/wut-anruf-koennte-putin-in-den-kopf-schiessen-35209302.bild.html. **10** Ukraine: USA warnen vor Militäreinsatz gegen Demonstranten, in: Der Spiegel, 12.12.2013, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/proteste-usa-warnen-ukraine-vor-militaereinsatz-gegen-demonstranten-a-938571.html. **11** US-Senator John McCain besucht den Maidan-Platz, in: BILD, 1.12.2013, unter: www.bild.de/politik/ausland/ukraine/galerie-mccain-33865430.bild.html. **12** Top U.S. official visits protesters in Kiev, CBS, 11.12.2013, unter: www.cbsnews.com/news/us-victoria-nuland-wades-into-ukraine-turmoil-over-yanukovich/. **13** Daniljuk, Malte: Die wahrhaften Putin-Versteher, Telepolis, 27.3.2014, unter: www.heise.de/tp/artikel/41/41351/1.html. **14** Neef, Christian/Schepp, Matthias: Kalt, skrupellos, erfolgreich?, in: Der Spiegel, 16.12.2013, unter: www.spiegel.de/spiegel/print/d-123879294.html. **15** Hall, Stuart: Kodieren/Dekodieren, in: ders.: Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften, Hamburg [1973] 2004, S. 80. **16** Daniljuk, Malte: Meinungskluft um die Ukraine, Telepolis, 25.4.2014, unter: www.heise.de/tp/artikel/41/41586/1.html. **17** Milz, Annette: Journalisten im Kreuzfeuer, in: Medium-Magazin 11/2014, S. 2. **18** Baden, Christian/Springer, Nina: Com(ple)menting the news on the financial crisis: The contribution of news users – commentary to the diversity of viewpoints in the public debate, in: European Journal of Communication 29/2014, S. 529. **19** Daniljuk, Malte: Glasnost bei ARD-Aktuell, 2.10.2014, unter: www.heise.de/tp/artikel/42/42940/1.html.

Lutz Brangsch

ÜBER WELCHEN KONFLIKT REDEN WIR EIGENTLICH?

Im Krieg sei die Wahrheit das erste Opfer, sagt man. Im Fall der Ukraine zeigt sich, dass die Wahrheit schon viel früher stirbt.

Das beginnt schon mit der Schwierigkeit, zu bestimmen, was die «Ukraine-Krise» ist und wann sie begonnen hat. Zu verschieden sind die Deutungen der Vorgänge, die mit diesem Wort bezeichnet werden: russische Intervention, faschistischer Putsch, Bürgerkrieg, sozialer Kampf, Separatismus – alle diese Interpretationen sind im Umlauf, und für jede gibt es irgendwelche Belege, die zumal für viele Menschen hier in Westeuropa kaum nachvollziehbar sind. Das entscheidende Problem besteht darin, dass alle beteiligten Seiten mit Zuschreibungen und Stereotypen arbeiten, die oft aus vormodernen Zeiten stammen und die zu verschiedenen Zeiten immer wieder modernisiert wurden.

Russland als der alte Feind, als Bedrohung auf der einen Seite, der großrussische Nationalismus auf der anderen Seite. Hinzu kommen antikommunistische Stereotype, mit denen schon die junge Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts konfrontiert war. Sie überlagern sich wiederum mit Aversionen, die sich auch aus den Widersprüchen der früheren UdSSR und den stalinistischen Verbrechen speisen. Und dann ist da noch das Selbstbild «des Westens» als Repräsentant der einzig möglichen Form von Gesellschaft, den damit verbundenen Maßstäben und entsprechenden imperialen Ansprüchen, die wiederum mit den geopolitischen Interessen Russlands kollidieren.

Nimmt man Letzteres als Orientierung, dann könnte man die Ukraine als ein Opfer des Tauziehens «des Westens» und Russlands um Einflusszonen verstehen. Der Maidan er-

scheint vor diesem Hintergrund als Streben nach Freiheit von der Einflussnahme Moskaus und der Krieg in der Ukraine eben als Intrige Moskaus gegen den Freiheitswillen eines Volkes. Dies ist die dem «Westen» und den ukrainischen Eliten genehme Lesart, die auch in der Ukraine und sicher in Teilen der russischen Opposition geteilt wird. Erfasst diese Interpretation aber das Problem, und kann sie als Maßstab der Bewertung der Ereignisse und als Ausgangspunkt für die Bildung eines eigenen Standpunktes ausreichen?

Daten zur Ukraine heute

Die Ukraine ist das zweitgrößte Land Europas. Von den etwa 44 Millionen Einwohnern betrachten sich 77 Prozent als Ukrainer und 17 Prozent als Russen. Die Bevölkerungsstatistik weist als weitere relevante Gruppen Belorussen, Moldauer, Krimtataren, Bulgaren, Ungarn, Rumänen, Polen und Juden aus. Knapp 70 Prozent der Bevölkerung lebt in Städten.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt nach Angaben der Weltbank 3.900 US-Dollar (Deutschland: 45.000 US-Dollar). Im Dienstleistungssektor arbeiten 68 Prozent der Beschäftigten, 26 Prozent in der Industrie und 6 Prozent in der Landwirtschaft. Dabei erzeugte die Wirtschaft in der Bürgerkriegsregion im Osten des Landes knapp 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 69 Jahren – damit belegt die Ukraine Platz 156 in der Welt –, in Deutschland liegt sie bei 80 Jahren. Die Arbeitslosenrate lag 2013 bei acht Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei 17 Prozent. Die Menschen in einem Viertel der Haushalte leben unter der Armutsgrenze, und 80 Prozent

der Rentner beziehen nur eine Mindestrente. Die Ukraine ist ein reiches Land; sie verfügt über fruchtbaren Boden und war einst die Kornkammer der Sowjetunion. Gleichzeitig verfügte sie über ein enormes industrielles Potenzial, im Maschinenbau, im Bergbau und auch im Bereich der Rüstungsproduktion. Die Sozialdaten belegen, dass der Reichtum allerdings auch sehr ungleich verteilt ist. Der reichste Unternehmer, Rinat Achmetov, besitzt ein Vermögen von elf Milliarden US-Dollar, der derzeitige Präsident Petro Poroschenko liegt mit 1,3 Milliarden auf dem 6. Platz der Forbes-Liste.

Auseinandersetzungen in der Geschichte

Politisch ist die Ukraine ein junger Staat, der sich erst im Ergebnis des Ersten Weltkrieges und der Revolutionen von 1917 bildete. Bis dahin befand sich das heutige Staatsgebiet unter russischer, polnischer und österreich-ungarischer Oberhoheit. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich eine nationale beziehungsweise nationalistische Bewegung, die keineswegs einheitlich war – teils wurde ein eigener Staat gefordert, teils das nationale Selbstbestimmungsrecht in einem fortbestehenden Russischen Reich.

Die ukrainische Sprache wurde unterdrückt, wenn auch mit wechselnder Intensität. Zeitungen und Bücher durften zwar – mit Ausnahmen – auf Ukrainisch erscheinen, aber in der Schule wurde die Sprache meist nicht gelehrt. Die nationale Bewegung war zu dieser Zeit keine Massenbewegung und die ukrainische Identität für die meisten Menschen eine im Rahmen gemeinsamer Geschichte von Kleinrussen (Ukrainer), Großrussen (Russen) und Weißrussen eher sekundäre Frage. Die Grenzen waren fließend. Es vollzog sich, so der Historiker Alexej Miller, eine «spontane Assimilation». Erst nach der Revolution von 1905 schlugen die in Russland Herrschenden einen Kurs konsequenter Repression ein. Da-

durch, so Miller weiter, verwandelten sich die Probleme der Klassen- und nationalen Identitäten von einem Gegenstand des Interesses kleiner Intellektuellenzirkel in eine Angelegenheit von Millionen. Die zu dieser Zeit in der Region selbst schwache Arbeiterbewegung war geprägt von der polnischen und russischen Sozialdemokratie sowie vom Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund (Bund), einer sehr einflussreichen internationalen linken Organisation. Gesellschaftlich dominierten allerdings die Bauern auf dem Lande und das Kleinbürgertum in den Städten.

Diese Konstellation prägte auch die Anfänge einer eigenen ukrainischen Staatlichkeit. Nach dem Sturz des Zarenregimes im Februar 1917 gründete sich der erste ukrainische Staat der neueren Zeit, der sich als weitgehend unabhängig von der Provisorischen Regierung in Petersburg verstand und sich im Januar 1918 als «Ukrainische Volksrepublik» konstituierte. Allerdings wurde die Region im Ergebnis des Brester Friedens von deutschen Truppen besetzt, die eine eigene Regierung einsetzten. Nach dem Abzug der Deutschen im Dezember 1918 kam eine bürgerliche Regierung unter Symon Petljura an die Macht.

Die Rote Armee vertrieb diese Regierung allerdings recht schnell, und die Ukraine wurde Sowjetrepublik. In den Bürgerkriegen der folgenden Jahre beherrschten die Truppen des mit den Interventionsmächten Großbritannien, Frankreich und USA verbündeten Generals Denikin zeitweise die Ukraine; große Gebiete kontrollierte zeitweilig auch die bäuerlich-anarchistische Bewegung unter Nestor Machno. Die Politik des Kriegskommunismus, also die bedingungslose Orientierung auf die Bereitstellung von Mitteln für den Kampf gegen die «konterrevolutionären» Verbände und die ausländische Intervention 1918 bis 1921, war nicht zuletzt ein Kampf um Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe.

Die oft gewaltsame Eintreibung der Pflichtlieferungen der Bauern war einer der Gründe da-

für, dass es auch nach dem Sieg der Bolschewiki noch bis Mitte der 1920er Jahre immer wieder zu Kämpfen und Bauernaufständen in der Ukraine kam. Sie richteten sich teils gegen die Praktiken des Kriegskommunismus, teils trugen sie politischen Charakter und waren gegen die Bolschewiki gerichtet, teils war es schlichtweg kriminelles Banditentum. Unter Machno und Petljura sollen mindestens 150.000 Kämpfer mit Rückhalt in der Bauernschaft aktiv gewesen sein. Allerdings, und das muss hervorgehoben werden, handelte es sich nicht einfach um einen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, sondern dieser war überlagert von Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiter- und Bauernschaft sowie zwischen den verschiedenen revolutionären Strömungen, die die Revolutionen in Russland getragen hatten. Unter Petljura, in dessen Bewegung es starke antisemitische Tendenzen gab, kam es zu Pogromen gegen jüdische Ukrainer.

Der Bürgerkrieg und der Sieg der Bolschewiki ließ viele Menschen ins Ausland fliehen. Das führte zur Entstehung großer ukrainischer Gemeinden in verschiedenen Teilen der Welt mit ausgesprochen antisowjetischer und antikommunistischer Grundhaltung. Das ist insoweit von Bedeutung, als die Lobbyorganisationen in verschiedenen westlichen Ländern gegenwärtig politischen Druck machen, um einen bedingungslos antirussischen Kurs zu erzwingen.

Die Entstehung der ukrainischen Sowjetrepublik war so selbst ein widersprüchlicher Prozess, und die Widersprüchlichkeit bestimmte auch die folgenden Jahrzehnte. In weniger als 20 Jahren wurde das gesamte soziale Gefüge

der Region durch Kollektivierung und Industrialisierung umgewälzt. Die ukrainische Nation konstituierte sich erst in sowjetischen Zeiten. Dabei spielte die Alphabetisierung über die ukrainische Sprache eine große Rolle, gleichzeitig gab es Verfolgungen unter dem Vorwand der Propagierung eines bürgerlichen Nationalismus in den 1930er Jahren. Teilweise maskierten sich unter ukrainischem Nationalbewusstsein antisowjetische und antibolschewistische Tendenzen, die sich aus der Zeit der Bürgerkriege nährten, überwiegend jedoch war der Vorwurf des Nationalismus ein Vorwand der Durchsetzung der stalinschen Gesellschaftsvorstellungen gegen alle Widerstände und Kritik auch in den Reihen der kommunistischen Partei. So blieb der Vorwurf immer unbestimmt und willkürlich.

Im Zuge der Kollektivierung und des Versuches, aus der Landwirtschaft Ressourcen für die Industrialisierung (durch Getreideexport) abzuziehen, kam es 1932/33 zu einer Hungersnot mit Millionen von Toten, vor allem in der Landbevölkerung. Das war knapp zehn Jahre, nachdem die Kämpfe ein Ende gefunden hatten, und vier Jahre nach Beginn der Kollektivierung. Strittig ist, inwieweit hier von Völkermord, also von der zielgerichteten Ausrottung von Ukrainern gesprochen werden kann oder nicht. Das ändert nichts an den Dimensionen des Versagens der sowjetischen Kommunisten und der Folgen für die in der Ukraine lebenden Menschen. Es ist verständlich, dass sich dies in das kollektive Gedächtnis eingebrannt hat.

Das Unabgeschlossene und die Widersprüche dieses Umwälzungsprozesses wurden durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

Die Entstehung der ukrainischen Sowjetrepublik war selbst ein widersprüchlicher Prozess, und die Widersprüchlichkeit bestimmte auch die folgenden Jahrzehnte. In weniger als 20 Jahren wurde das gesamte soziale Gefüge der Region umgewälzt.

bestätigt und bestärkt. Mit der Besetzung der nach dem Ersten Weltkrieg zu Polen gehörenden Westukraine durch die Sowjetunion und dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 brachen die kaum verheilten Konflikte wieder auf. Kollaboration, Partisanenkrieg und heldenhafter Kampf in den Reihen der Sowjetarmee prägten gleichermaßen die ukrainische Gesellschaft.

Die Einführung der Marktwirtschaft erfolgte ähnlich brutal wie in Russland, die «kursprüngliche Akkumulation» war gekennzeichnet durch Privatisierungen, das Einstreichen lukrativer Staatsaufträge und durch Korruption.

In der Westukraine entwickelte sich die Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN), die bis in die 1950er Jahre eine große Rolle spielen sollte. Im Jahr 1941 beteiligte sich das von ukrainischen Nationalisten gebildete Wehrmachtbataillon «Nachtigall» am Überfall auf die Sowjetunion und kämpfte teils gegen ukrainische Soldaten, die der Roten Armee angehörten. Angehörige dieses Bataillons, wie auch andere ukrainische Nationalisten, waren an der Vernichtung fast der gesamten jüdischen Bevölkerung der Ukraine, an der Tötung von Polen und an der Verfolgung ukrainischer Partisanen aktiv beteiligt. Einer der Köpfe der OUN war Stepan Bandera, der in der Geschichtspolitik der gegenwärtigen Ukraine eine zentrale Rolle spielt. In sowjetischer Zeit wurde er als faschistischer Kollaborateur betrachtet. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine wurde er zum Nationalhelden stilisiert, weil er gegen die Sowjetunion, Polen und Deutschland einen eigenen ukrainischen Staat durchsetzen wollte. Die OUN und ihr militärischer Arm, die UPA (gegründet 1943), führten noch bis 1946 einen Terrorkrieg gegen die sowjetische und die polnische Staatsmacht. Einzelne Aktionen gab es bis Mitte der

1950er Jahre. Mitglieder dieser Terrororganisation waren noch in den 1950er Jahren für westliche Geheimdienste aktiv. Obwohl gerade in der Westukraine praktisch jede Familie in irgendeiner Weise an diesen Kämpfen unmittelbar beteiligt oder von ihnen betroffen war, wurde und wird die Widersprüchlichkeit der Geschichte nicht aufgearbeitet. Die Gemeinsamkeit des Sieges über den Faschismus überdeckte die realen Widersprüche.

Da die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der ukrainischen Sowjetrepublik nie selbstkritisch aufgearbeitet wurde, entstand eine «doppelte Realität» – offiziell war man

Sowjetbürger ukrainischer Nationalität, privat mehr oder weniger Ukrainer in der Sowjetunion. Auf der einen Seite bot die Sowjetunion einen Raum zur Entfaltung ukrainischer Nationalität, auf der anderen waren die Ukrainer mit den dem Sozialismus eigenen Begrenzungen, Widersprüchen, Ungerechtigkeiten konfrontiert. Die Kritik an den Verhältnissen nahm – wie bei mehr oder weniger Völkern in der Sowjetunion – schon damals die Form des Nationalen beziehungsweise des Nationalismus an, was nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit verbundenen Verlust des Sowjetischen als Identifikationspunkt nochmals Auftrieb erhielt. Vor dem Hintergrund der hier skizzierten wechselhaften Geschichte ist das durchaus verständlich, dennoch können die Ukrainer nicht pauschal als Nationalisten betrachtet werden. Durch den lebhaften und vielfältigen Austausch zwischen Russland und der Ukraine zu Sowjetzeiten ist zahlreichen Ukrainern an der Normalität der Beziehungen zu Russland sehr viel gelegen. Der Aufschwung gesellschaftlicher Aktivitäten und gesellschaftlicher Selbstorganisation, die Aufdeckung von Missständen in allen gesellschaftlichen Bereichen und ein offener

und selbstkritischer Umgang mit der eigenen Geschichte unter Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre machte das Ausmaß der unausgesprochenen Widersprüche offensichtlich. Der einsetzende Zerfall der Sowjetunion war nicht Resultat von Glasnost und Perestroika, sondern der seit 1917 verfolgten Politik. Wie auch in den anderen realsozialistischen Ländern hatte diese Politik dazu geführt, dass es keine relevante gesellschaftliche Kraft gab, die willens und in der Lage gewesen wäre, nach 1989 dort einen «anderen» Sozialismus aufzubauen. In dieser Situation wurde das bisher Unausgesprochene handlungsrelevant. Die Identifikation Russlands mit Bolschewismus, Stalinismus und Kommunismus ist, wenngleich so nicht zutreffend, durchaus erklärlich, hatte aber zur Folge, dass umgekehrt die Verstrickungen der Ukraine in die sowjetische Geschichte und damit ihre eigene Widersprüchlichkeit geleugnet wurde, um die Voraussetzung für eine nationalstaatliche Stabilität seit 1991 zu gewährleisten – genau

wie das auch in Russland geschah und geschieht. Die Einführung der Marktwirtschaft erfolgte ähnlich brutal wie in Russland, die «ursprüngliche Akkumulation» war gekennzeichnet durch Privatisierungen, das Einstreichen lukrativer Staatsaufträge und durch Korruption. Korruption und Behördenwillkür als zwei Seiten derselben Medaille sind seit den 1990er Jahren beständige Konfliktpunkte in der Ukraine, die durch die katastrophale soziale Lage (wie einleitend sowie im Beitrag von Judith Dellheim dargestellt) nur noch verstärkt wurden.

Keine der Regierungen hat diese Probleme je ernsthaft in Angriff genommen. Ganz treffend hat deshalb ein ukrainischer Soziologe Anfang 2014 geschrieben, dass der Bürgerkrieg in der Ostukraine das Versagen der Politik seit der Unabhängigkeit dokumentiere. Insofern ist es schwer zu sagen, wann der Konflikt begann, der schließlich zum Sturz Janukowitschs führte und dann in einen Krieg in der Südostukraine umschlug.

Taras Salamaniuk

VERWORRENE WEGE DER LINKEN ZWISCHEN REGIONALEN MAIDANEN UND ANTI-MAIDANEN

Aus der Perspektive linker Aktivisten sind am Maidan zwei Besonderheiten zu erwähnen. Erstens war der Maidan beispiellos. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die ukrainischen Linken keinen vergleichbar massiven und kompromisslosen, ja nahezu revolutionären Volksprotest erlebt. Allerdings gab es noch ein zweites Merkmal, und zwar seine national-patriotische Ausrichtung. Letztere behinderte wesentlich mögliche politische Aktivitäten der «neuen Linken» und machte die soziale und politische Problematik des Maidan insgesamt deutlich komplizierter.

Wie auch immer man die Rolle der extremen Rechten beim Maidan beurteilt, dass sie sich sehr aktiv am Protest beteiligten, lässt sich nicht bestreiten. Im Rahmen des Monitorings nationaler und regionaler Internetseiten von Aktivisten hat das Zentrum für Sozial- und Arbeitsforschung (CSLR) während der gesamten Zeit der Maidan-Proteste 817 Demonstrationen mit Beteiligung der Ultrarechten registriert, aber nur 14 unter Beteiligung der «neuen Linken». Davon fanden vier in den Regionen statt.¹ Das bedeutet nicht, dass die «neuen Linken», insbesondere auf der regionalen Ebene, den Maidan ignoriert hätten. Viele Linke haben aktiv daran mitgewirkt, sind aber – das zeigen die genannten Zahlen – zumindest in den Medien nicht wahrgenommen worden und haben dort eher die Rolle von Statisten gespielt, unter anderem für die Ultrarechten.

So weit die Fakten. Ob die Teilnahme der Linken am Maidan politisch richtig oder falsch war, ist in der Ukraine heftig umstritten. Es gibt Anhänger des Maidan und andere, die ihm skeptisch gegenüberstehen, ja ihn sogar hassen. Ich möchte weder für eine Seite Partei ergreifen noch zwischen ihnen vermitteln.

Stattdessen will ich versuchen, die bisher wenig berücksichtigten Gewinne und Verluste, die sich für die Linke aus der Teilnahme an den Maidan-Protesten ergeben haben, sowie ihre Beteiligung an Anti-Maidan-Aktivitäten zu beleuchten. Dabei wird es sich nicht um die Hauptstadt, sondern um die Regionen gehen, denn schließlich fanden linke Aktionen sowohl auf den Straßen von Charkiw, Lwiw, Odessa, Dnipropetrowsk oder Zhytomyr statt – und diese waren nicht weniger bemerkenswert als die in Kiew. Während die Geschichte der überwiegend erfolglosen Beteiligung der Linken am «Haupt-Maidan» in Kiew allgemein bekannt und bis zum Überdruß in der Linken diskutiert worden ist, sind die regionalen Maidan-Bewegungen noch unerforscht. Diese Terra incognita will ich im Folgenden erkunden.

Motivation

Versetzen wir uns in die Zeit zurück, als der Maidan anging. Die Ultrationalisten schlossen sich schon hier und da zu den ersten Bündnissen zusammen, und die Liberalen predigten die «europäischen Werte» und den freien Handel mit der EU. Was damals Linke dazu brachte, sich den Protesten anzuschließen, war selbstverständlich weder eine Sympathie für die zuerst noch für die zuletzt genannten Beweggründe. Die Linken waren – wenig überraschend – an den Massen der Unzufriedenen interessiert, die auf die Straßen gegangen waren, nachdem man die Studenten auf dem Euro-Maidan zusammengeschlagen hatte. Denn obwohl sich die Proteste der «neuen Linken» in erster Linie auf soziale und politische Fragen beziehen, engagieren sie sich auch für bürgerliche Freiheiten, ein Thema, das in den Regionen schon an zweiter

Stelle rangiert. Und genau dieses Thema spielte dann in der Maidan-Bewegung nach der ersten Auflösung die wichtigste Rolle.

Damals unterstützten sogar manche spätere Maidan-Kritiker vom Charkiwer Borot'ba oder der Gruppe Protý tetschiji (Gegen den Strom) aus Odessa die Proteste in Kiew und nahmen auch daran teil. Ganz zu schweigen von den Anarchisten, die jede antiautoritäre Agenda unterstützen und im Wesentlichen zu den führenden linken Maidan-Enthusiasten wurden. So meinten beispielsweise Charkiwer Anarchisten: «Der Maidan war quasi eine spontane Manifestation der Freiheit und sogar libertären Ideen zugeneigt.»

Man sollte dabei stets berücksichtigen, dass der beispiellose Massencharakter des Maidan alle genannten Motive verstärkt hat. Die Möglichkeit, sich mit den Massen in einem nie da gewesenen Ausmaß zusammenzuschließen, war für die «neuen Linke» äußerst verlockend. Allerdings hat sich diese mehr oder weniger einstimmige Haltung sehr schnell geändert, und zwar wegen des Anwachsens der antikommunistischen Hysterie in der Maidan-Bewegung. Die Angriffe auf linke Aktivisten und die Zerstörung des Lenin-Denkmals in Kiew waren Anlass für einen Teil der linken Bewegung, sich von den Maidan-Protesten abzuwenden. Das war ziemlich paradox, weil die Maidan-Bewegungen in Charkiw, Odessa und in den anderen Regionen, wo die Linken ungehindert agieren durften, damals offener waren und die vergleichsweise schwache Position der Rechten aufzeigten.²

Außerdem brachten die Linken ihre vorherigen Protestthemen auch in die lokalen Maidan-Aktionen ein. In Lwiw etwa lief die langfristige, von der lokalen Gruppe von Avtonomnyj Opir (Autonomer Widerstand) geleitete Kampagne gegen die rechtsgerichtete Partei Swoboda weiter. Gewerkschafter

in Dnipropetrowsk schlossen sich gegen die Willkür der lokalen Behörden und der Industriemogule zusammen. Und die Anarchisten vom Charkiwer Autonomen Arbeiterbund (AST)³ haben in den Projekten des «Forums der Maidane» die Gelegenheit genutzt, um Ansätze lokaler Demokratie von unten zu entwickeln.

Man kann also sagen, dass die Abkehr der Skeptiker vom Maidan und ihre später verbreitete Sympathie für den Anti-Maidan durch einen gewissen Fetischismus ausgelöst wurde: Um der Möglichkeit willen, linke Symbolik, insbesondere die kommunistische, unein-

Die Angriffe auf linke Aktivisten und die Zerstörung des Lenin-Denkmals in Kiew waren Anlass für einen Teil der linken Bewegung, sich von den Maidan-Protesten abzuwenden.

geschränkt präsentieren zu können, neigten einige eher zu gemeinsamen Aktionen mit prorussischen Chauvinisten, die dem Sowjetischen gegenüber mehr Toleranz zeigen, als zu Demonstrationen zusammen mit prokrainischen Chauvinisten, die jede Kommunismussymbolik ablehnen. «Im Unterschied zum Maidan konnten wir hier [auf dem Anti-Maidan] unsere rote Fahne hissen, ohne dafür verprügelt zu werden.»

Auch die Motivation der Linken, die auf dem Maidan geblieben sind, entsprang zum Teil einem Fetischismus. So wurde etwa die Symbolik der Anarchisten, obwohl nicht immer, bei den Maidan-Protesten toleriert.⁴ Dies korrespondierte mit ihren Vorstellungen vom antiautoritären Charakter der Proteste. Doch war ihr wichtigster Fetisch nicht ein Symbol, sondern die Selbstorganisation. Darauf bezogene Rechtfertigungen für ihren Verbleib konnte man von linken Aktivisten der regionalen Maidan-Bewegungen immer wieder hören, etwa in Charkiw: «Ich habe mich über diese

Struktur wahnsinnig gefreut, weil sie die erste progressive Struktur war und eine Alternative zu den staatlichen Behörden und den Regierungen in den GUS-Staaten.» Ähnliches bekam ich in Kremenschuk zu hören: «Die Menschen stehen nicht für die Ideologie, sondern für die konkreten Aktionen, Handlungen [...]. Deswegen sind sie in Massen erst in den ›Rechten Sektor‹ eingetreten und haben danach die Organisation wieder verlassen, weil es dort nichts anderes als irgendwelche Demos und Mahnwachen gab.» Oftmals wurden auch ganz individuelle Gründe genannt. Viele sagten: «Ich konnte einfach nicht abseits bleiben.» So hat sich schließlich die linksgerichtete Identität der Aktivisten in der gesamten Protestströmung aufgelöst.

In gewisser Hinsicht könnte man die Motivation der Linken, sich an den Maidan- oder Anti-Maidan-Bewegungen zu beteiligen, als den Wunsch bezeichnen, Teil des «Volkes» zu sein. Sicherlich haben – wie gesehen – auch andere Gründe eine Rolle gespielt, etwa die Möglichkeit, die eigenen «richtigen» Symbole zu präsentieren, die Hoffnung, über Selbstorganisation dem Ziel der gesellschaftlichen Befreiung näher zu kommen, und nicht zuletzt die Versuchung, sich direkt an die protestierenden Massen wenden zu können.

Beteiligung

Wie erwähnt hat die «volkstümelnde Bewegung» der Linken in den Regionen nach der ersten Maidan-Zerschlagung in Kiew begonnen. Anfangs stießen die Linken ziemlich spontan zu den Protesten. Offensichtlich kümmerten sich die Aktivisten wegen ihrer ganz unterschiedlichen individuellen Motivation wenig um die Organisierung von Plattformen und politischen Bündnissen. So berichtet ein Aktivist aus Odessa: «Zuerst sind wir individuell auf die Straße gegangen, und schon da [während der Maidan-Aktionen; T.S.] sind wir einander begegnet. [...] Und wie konnte es anders sein? Das war eher eine moralisch

begründete Entscheidung. Ich konnte nicht gleichgültig gegenüber der Situation im Land sein.»

Selbstverständlich hat diese Vagheit die Perspektiven der Linken in den lokalen Maidan-Protesten nicht verbessert. Je schneller sich die Linken gesammelt und in konkreten Kampagnen organisiert haben, desto besser war ihre spätere Position in den Städten. Ein linker Aktivist aus Odessa, wo es keine Gründung einer linksgerichteten Plattform gegeben hat, kommentierte ernüchtert: «Ich kannte die Maidan-Organisatoren. Sie waren bereit, mit uns zusammenzuarbeiten. Wir hätten nur alle hingehen und die Initiative ergreifen müssen.» Umgekehrt zeigen die bemerkenswerten Beispiele aus Charkiw, Dnipropetrowsk und Lwiw, dass es den Linken dort gelungen ist, sich schnell neu zu orientieren und eine bestimmte Nische zu besetzen. So berichtet ein Gewerkschafter aus Dnipropetrowsk: «Nach der Maidan-Auflösung in Kiew erschienen unsere Aktivisten einer nach dem anderen auf dem lokalen Maidan. Da haben wir uns entschieden, alle zusammen daran teilzunehmen, um Gewerkschaftsagitator zu betreiben und unsere sozialen Forderungen zu erläutern. Deshalb haben wir eine eigene Initiative gegründet, den Gewerkschaftssektor.»

Dabei wurde der Faktor der freien Zeit, die die Aktivisten für die systematische Arbeit auf dem Maidan aufwenden konnten, zunehmend wichtiger. Jene Initiativen, die den größten Erfolg in der Maidan-Bewegung erzielt haben – wie der AST aus Charkiw und Avtonomnyj Opir aus Lwiw – verfügten aus verschiedenen Gründen über relativ viel «freie humane Ressourcen». ⁵ Sie konnten Vertreter ihrer Organisationen zu allen wichtigen Veranstaltungen schicken, bei Bedarf auch an jedem Tag. Dagegen blieb den anderen Linken, die sich an den Maidan-Protesten beteiligten, darunter in erster Linie die Dnipropetrowsker Gewerkschafter und die Charkiwer Marxisten, nur die Rolle von «Freizeitagitatoren». Sie nah-

men kaum am Alltagsleben der Maidan-Bewegungen teil.

Schließlich muss man auch auf den Charakter dieser linken Vorstöße hinweisen. Angesichts der Tatsache, dass kommunistische und jede andere Form linker Rhetorik auf dem Maidan nicht willkommen war, konzentrierte man sich eher auf soziale Forderungen, sodass die inhaltliche Ausrichtung als «radikale Sozialdemokratie» mit antioligarchischen und antiautoritären Einsprengseln gekennzeichnet werden kann.⁶ Es ging nicht um linksradikale Losungen wie etwa die Abschaffung des Privateigentums, denn ihre Maidan-Mitstreiter – Liberale, Ultrarechte und andere Teilnehmer, mit denen die Linken koexistieren und möglicherweise kooperieren wollten – hätten die

richtung zertrümmert hatten, haben wir uns entschlossen, Kiew zu verlassen und nach Osten zu fahren, wo damals die Kundgebungen für die Verteidigung der Lenin-Denkmäler veranstaltet wurden. Unsere erste Station war Donezk. Da war die Situation jedoch unklar. [...] Nur eine Woche später befanden wir uns schon auf dem Anti-Maidan in Charkiw, wo wir die Initiative von den lokalen Politikkadern übernommen haben.» Dass sie erfolgreich sein konnten, war zum einen der dort herrschenden größeren Toleranz gegenüber linker Symbolik geschuldet und zum anderen dem Umstand, dass die Anti-Maidan-Bewegung über kein organisatorisches Zentrum verfügte – im Unterschied zu Kiew, wo die Opposition die Maidan-Protteste kontrollierte.

Da jede Form linker Rhetorik auf dem Maidan nicht willkommen war, konzentrierte man sich eher auf soziale Forderungen, sodass die inhaltliche Ausrichtung als «radikale Sozialdemokratie» mit antioligarchischen und antiautoritären Einsprengseln gekennzeichnet werden kann.

se nie akzeptiert. Wie vorsichtig sie taktierten, berichteten Charkiwer Anarchisten: «Wir haben unsere schwarze Fahne auf dem Maidan nie sofort ausgerollt. Wir haben das lange vorbereitet und uns mit den Menschen unterhalten. Und nur wenn die anderen uns schon ernst nahmen und uns nicht mehr als Fremde ansahen, taten wir es.»

Ähnlich verhielten sich später auch die Mitglieder von Borot'ba in der Charkiwer Anti-Maidan-Bewegung, die sich nach einer kurzen Zeit der Unentschlossenheit während der antikommunistischen Hysterie nach dem Sieg des Maidan in Charkiw reorganisierten und eine der stärksten linken Initiativen in der gesamten Protestperiode gründeten. In den Worten eines Aktivisten: «Nachdem 50 Mitglieder von S14 [eine rechte militante Gruppe; Anm. d. Übers.] unser Büro gestürmt, einiges an Bargeld mitgenommen und die ganze Ein-

Allerdings spielte zudem das Charisma der Aktivisten eine bedeutsame Rolle. Und schließlich haben die Angehörigen von Borot'ba beim Anti-Maidan in Charkiw ihre Ideen auch an die beteiligte Bevölkerung angepasst und jede Form von linksradikalem Auftreten vermieden. «Hauptsächlich forderten wir den Haushaltsausgleich für soziale Zwecke, das heißt die Finanzautonomie für die Regionen, damit die Geldmittel direkt dorthin fließen, nicht nur die Restbestände. [...] Die grundlegende Forderung bezog sich jedoch auf die Föderalisierung, die wir als Selbstverwaltung verstanden. Dann ging es auch um die Abberufung von Abgeordneten und die kulturelle Autonomie der russischsprachigen Bevölkerung, gegen Privatisierungen und Militarisierung, für die Verstaatlichung von strategischen Unternehmen sowie natürlich gegen die Haushaltskürzungen im Bereich Soziales.»

Hervorzuheben ist, dass der Anti-Maidan in Charkiw dank der starken Stellung von Borot'ba und im Unterschied zu Kiew die Forderungen der Linken berücksichtigt hat. Diese haben dort nicht bloß Flugblätter verteilt oder ein kleines Agitationsgrüppchen organisiert, sondern ganz gezielt Propaganda von der Bühne herunter betrieben. Als Folge sind einige progressive Forderungen, wie das Verbot ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse und die Priorität für kollektives Eigentum, in die Erklärung der «Charkiwer Volksrepublik»⁷ aufgenommen worden. Es ist aber umgekehrt nicht zu vergessen, dass diese erfolgreiche Zusammenarbeit und die engen Beziehungen zwischen Borot'ba und den anderen, teilweise chauvinistischen Anti-Maidan-Organisationen in Charkiw noch umstrittener waren als die Teilnahme von Linken an der Maidan-Bewegung.

Insgesamt haben sich die Konditionen für die Beteiligung linksgerichteter Organisationen an den regionalen Maidan- und Anti-Maidan-Protesten (zumindest in Charkiw) nicht sonderlich unterschieden. Das war ein gewagtes Spiel mit manchen Gewinnen und manchen Verlusten, das sie gleichsam auf fremdem Territorium austrugen. Ist es den Linken gelungen, die richtigen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen?

Ergebnisse

Man kann die Rolle der Linken in Bezug auf die Maidan- und Anti-Maidan-Bewegung in vielerlei Hinsicht kritisieren, aber eine Errungenschaft ist nicht zu übersehen: Sie haben bewiesen, dass sie auch unter ungünstigen Bedingungen aktiv sein können. Doch die Beziehungen zu den Belegschaften in den Betrieben und die Kontakte mit den Medien, die man in dieser Zeit aufgebaut hat, sind zwar geblieben, haben sich aber als absolut wertlos erwiesen. Und nachdem sich später alle darauf konzentriert haben, die «Familie» [den Clan von Janukowitsch; Anm. d. Übers.] oder

die «Junta» zu beseitigen, sind die übrigen Ziele zweitrangig geworden. Es ist bemerkenswert, dass meine linken Gesprächspartner diese Tatsache nie direkt angesprochen haben. Stattdessen sagten sie, wenn es um die Post-Maidan-Aktivitäten ging, nur: «Na, du weißt doch ...», und meinten damit, dass einige Themen heutzutage einfach nicht mehr auf der politischen Tagesordnung stehen.

Rückblickend kann man sagen: Die wichtigste Errungenschaft der Linken ist die Verbesserung ihrer Organisationsstrukturen. Dazu gehören so unterschiedliche Erfahrungen der Mitglieder wie die, Spenden aufzutreiben (und eine damit zusammenhängende verbesserte Ausrüstung) oder Netzwerke mit Aktivisten anderer politischer und zivilgesellschaftlicher Richtungen aufzubauen. Die in diesem Text genannten linksgerichteten Gruppen haben genau in diesem Bereich Erfolge erzielt, so auch in Zhytomyr, wo sich der früher eher lose Zusammenhang von lokalen Intellektuellen und Angehörigen von Subkulturen zu einer funktionierenden Organisation entwickelt hat. Auch die zuvor doch recht marginale Gruppe AST-Charkiw hat sich in der Stadt einen Namen gemacht und wird auch in der dortigen liberalen Gesellschaft respektiert. Zu guter Letzt ist die Gruppe Avtonomnyj Opir zu nennen, die schon vorher sozial und gewerkschaftlich ziemlich aktiv war und über eine relativ gute Infrastruktur verfügt (ein soziales Zentrum, ein Sportstudio, eine gut frequentierte Internetseite). Sie hat ein neues regionales und sogar nationales Aktionsniveau erreicht. Die Gruppe kam mehrere Male in die nationalen Medien, hat unter den zivilgesellschaftlichen Aktivisten neue Mitstreiter für ihren Kampf gegen Swoboda gefunden und ihre Aktivitäten auch auf andere Regionen ausgeweitet.

Gleiches konnte rund um den Anti-Maidan beobachtet werden. Auch Borot'ba hat sich ganz auf die Protestwelle konzentriert und konnte sich in die heterogene Anti-Maidan-Bewe-

gung in Charkiw einbringen und ihre Position dort stärken. Mit Tausenden, die sie fast täglich zur Hochzeit des Anti-Maidan zu Demonstrationen auf die Straße brachten, und mit Hunderten von neuen Anhängern, die sie im Laufe ihrer Arbeit in Charkiw gewonnen haben, hat Borot'ba neue Maßstäbe gesetzt, selbst im Vergleich zu der erfolgreichsten Beteiligung der Linken an der Maidan-Bewegung.

Selbstverständlich gibt es auch Beispiele für Misserfolge, zum Beispiel in Odessa. Die dort im Jahr 2013 recht aktive Gruppe Sachyst Prazi (Arbeitsschutz) ist zum Ende des Jahres fast auseinandergebrochen. Die typische Spaltung entlang der Frage «Maidan oder Anti-Maidan?» hat später auch noch die letzten Reste der einstmaligen «linken Einheit» in Odessa zerstört. So ist es zu keiner positiven Entwicklung der organisatorischen Strukturen gekommen, und die Aktivitäten haben sich nur auf die spontane Beteiligung an den Protesten beschränkt.⁸

Fast noch schwieriger als die Organisation einer effektiven Beteiligung an den Massenprotesten hat sich erwiesen, deren positive Ergebnisse zu bewahren. Ein Beispiel dafür sind die Erfahrungen der Anarchisten aus Kremenschuk, militanten Aktivisten des Maidan, die nach dem Triumph in Kiew mit anderen Landsleuten in ihre Heimatstadt zurückkehrten und dort «Ordnung schaffen» wollten. Zwar ist es ihnen gelungen, eine konstruktive Umweltkampagne gegen das Bergbaukombinat und eine Vielzahl kleinerer Proteste (z. B. gegen Wilderer) zu organisieren, aber dann hat der lokale Rechte Sektor Stück für Stück all diese Kampagnen und deren Errungenschaften für sich vereinnahmt. Natürlich haben die dortigen Aktivisten versucht, Widerstand zu leisten, doch fehlten ihnen die Ressourcen und die Fähigkeiten dazu.

Ähnliche Probleme bei der Sicherung von Errungenschaften sind auch bei anderen linksgerichteten Gruppen festzustellen. Beispiel-

weise hat Avtonomnyj Opir, getragen von der Euphorie des Maidan in Lwiw, noch eine Reihe von Protestaktionen organisiert. Doch abgesehen von einigen kleinen Erfolgen auf lokaler Ebene haben diese Initiativen die Organisation selbst nicht vorangebracht. «Wir sind ungefähr da, wo wir angefangen haben», antwortete mir eine Aktivistin auf die Frage, welche Fortschritte drei Monate nach dem Maidan zu verzeichnen seien. Dasselbe war in Charkiw zu beobachten, wo die Entwicklung linksgerichteter Gruppen ziemlich zum Erliegen gekommen ist. Besonders gefährlich sind die Repressionen der Regierung gegen die aktivsten Vertreter der Organisationen Avtonomnyj Opir und Borot'ba.⁹ Letztere waren sogar gezwungen, ihre Tätigkeit in der Ukraine einzustellen, nachdem man sie des Separatismus beschuldigt hatte. Unter diesen Umständen sind ihre Zukunftsaussichten alles andere als erquicklich: «Am wichtigsten ist es jetzt, dass wir nicht alle im Gefängnis landen.»

In dieser Hinsicht kann man grundsätzlich resümieren: Die Beteiligung der linken Gruppen an den Maidan- und Anti-Maidan-Bewegungen war nicht bloß der Versuch, einen Vorteil zu erzielen, der mehr oder weniger erfolgreich ausging, sondern ein Wettlauf um Sympathien. Obwohl einige Linken dabei relativ erfolgreich waren, haben sie doch gegen die Widersacher aus dem rechten Lager verloren. Die Rechten waren von Anfang durch die nationalistische Ausrichtung der Maidan-Proteste im Vorteil und haben diesen auch genutzt. Mittlerweile füllen die Linken bestenfalls die Rolle einer regionalen Opposition aus, müssen dafür aber auch erheblichen Druck erdulden.

Perspektiven

Das soll nicht heißen, dass alle Bemühungen umsonst gewesen und weitere politische Aktivitäten der Linken unmöglich wären. Aber die Aufgaben, vor denen sie stehen, sind alles andere als leicht. So ist etwa eine Gruppe von Anarchisten in Zhytomyr während ihrer ersten

1.-Mai-Demonstration von der Vereinigung «Patrioten-Marsch» [einer Gruppe von Nationalisten in Zhytomyr; Anm. d. Übers.] angegangen worden. Schließlich konnten sich die Linken dank der Unterstützung von moderaten Maidan-Kräften behaupten, doch mussten sie im Gegenzug ein paar nationale Fahnen schwenken und sich gegen den russischen Imperialismus äußern. Ähnliches geschieht in Lwiw, wo Swoboda versucht, durch eigene Medien Avtonomyj Opir zu diskreditieren, indem man der Gruppe vorwirft, Beziehungen zu Medwedtschuk [einem ukrainischen Politiker, der als Putin nahestehend gilt; Anm. d. Übers.] oder gar Putin selbst zu unterhalten. Nachdem sich auch die von Swoboda geprägte Stadtverwaltung eingeschaltet hat, ist der Druck enorm groß geworden.

Auf diese Weise könnten die «neuen Linken» im Prinzip einen Keil zwischen Ultrarechte und Liberale treiben, würden sie die richtigen Akzente setzen und sich manchmal dem Zwang beugen und Patriotismus vorspielen. Damit könnten sich die Linken vor der ansonsten fast unvermeidlichen politischen Bedeutungslosigkeit retten, auch wenn solche Tricks natürlich nicht mehr sind als ein letzter Ausweg.

Um wirkliche Fortschritte zu erzielen, müssten die Linken stärker die Initiative ergreifen. Dass dies nicht ganz unrealistisch ist, hat der Überblick zu linken Aktivitäten und Mobilisierungen in den Regionen gezeigt. Zugleich ist dabei jedoch auch deutlich geworden, dass die Strategien und Taktiken der Linken unter den Bedingungen von Massenprotesten bislang schlecht durchdacht waren. Statt gut überlegter Ansätze dominierten häufig «volkstümliche» Motive oder die Fetischisierung des Prinzips der Selbstorganisation. Das hat zwar dazu geführt, dass die Linken in manchen Fällen unerwartete Erfolge erzielen konnten, wobei sie meist gar nicht imstande waren, diese wirklich zu realisieren, bevor sie schon wieder vorbei waren. Was noch schlimmer ist: Die linken politischen Organisationen haben sich

im Laufe der Protestwelle untereinander total zerstritten, da manche von ihnen sich der patriotischen Stimmung im Land angebiedert haben – und das vor dem Hintergrund des massiven Aufstiegs der Rechten.

Unter diesen Umständen brauchen die Linken stärker als je zuvor eine komplett neue Ausrichtung und Praxis: Wir müssen politischen Aktivismus als eine Art Experiment betrachten, in dem neue Hypothesen und Handlungsformen ausprobiert werden, die je nach ihrer Wirksamkeit zu Bausteinen für neue, produktive Strategien und Taktiken der Linken insgesamt werden können.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Kateryna Zelenska

1 In dieser Statistik sind die Aktivitäten der Organisation Avtonomyj Opir (Autonomer Widerstand) wegen ihrer umstrittenen ideologischen Auffassungen nicht berücksichtigt. Ungeachtet dieser Zuordnung wird Avtonomyj Opir im vorliegenden Text als Teil der Linken betrachtet und ist in die Analyse aufgenommen. **2** Dies bezieht sich nicht auf die Maidan-Bewegung in Lwiw, wo die von Swoboda angeführten lokalen Ultrarechten von Anfang an aggressiv gegenüber der Organisation Avtonomyj Opir auftraten. Auch beim Maidan in Charkiw mussten sich die Anarchisten zeitweise gegen die Rechten verteidigen. Für Odessa und Charkiw wird geschätzt, dass die Ultrarechten 17 beziehungsweise 15 Prozent der Maidan-Aktivisten stellten, für die ganze Ukraine geht man von 25 Prozent und für Kiew von 29 Prozent aus. **3** Der Autonome Arbeiterbund (AST) ist ein Zusammenschluss von Gewerkschaftsinitiativen, Anarchisten und libertären Marxisten. Die Gruppe definiert ihre Philosophie als «radikalen Syndikalismus». **4** Eine Gruppe Marxisten ist im Januar 2014 mit roten Fahnen auf der Maidan-Bühne in Charkiw aufgetreten, was bei den Anwesenden Unverständnis ausgelöst hat und zum Teil scharf verurteilt wurde. **5** Der Kern der Charkiwier Anarchisten bestand aus einer Gruppe von «radikalen Obdachlosen», arbeitslosen Aktivisten aus Charkiw und anderen GUS-Städten, die alle zusammen in einem Wohnprojekt untergekommen waren. Wegen ihres Lebensstils verfügten diese Menschen über eine Menge freier Zeit, die sie unter anderem für politische Aktionen nutzten. In den Reihen von Avtonomyj Opir in Lwiw wiederum gab es viele Studenten, die flexibel einsetzbar waren. **6** Berichten des AST in Charkiw und dem Gewerkschaftssektor zufolge hat man sich bei der Agitation auf das sozialstaatliche Versagen, die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen und antiautoritäre Forderungen konzentriert. **7** Nach der Gründung der sogenannten Volksrepublik Donezk wurde auch die «Charkiwier Volksrepublik» im April 2014 ausgerufen. Dieses Projekt hat im Unterschied zu den Volksrepubliken Donezk und Lugansk keine Unterstützung unter der lokalen Bevölkerung gefunden. Die Region Charkiw ist unter Kontrolle der ukrainischen Regierung geblieben (Anm. d. Übers.). **8** Die Linken aus Odessa waren fast die einzigen, die im letzten Winter den Versuch gewagt haben, eine eigene Protestkampagne «Für die dritte Macht» zu starten. Diese Initiative ist aber schnell gescheitert, weil sie – anders als die Maidan- und Anti-Maidan-Bewegung – in den Medien nicht auf Resonanz stieß. **9** Nach Abschluss der Arbeit an diesem Text hat die Repressionswelle die Gruppe AST-Charkiw erreicht. Die Zufluchtsorte, die sie für Flüchtlinge aus dem Donbass in Charkiw eingerichtet hatten, sind von Rechten angegriffen und von der Polizei geräumt worden.

Vitalij Atanasov

PARLAMENTSWAHLEN IN DER UKRAINE SCHLÜSSELPROBLEME BLEIBEN UNGELÖST

Am 26. Oktober 2014 wählten die Ukrainer ihr neues Parlament, die Werchowna Rada. Gleich nach dem Urnengang erklärten viele Kommentatoren, dass sich das Land von der alten oligarchischen, korrupten, «prorussischen» Politik verabschiedet und dem Westen stärker zugewandt habe. Stimmt das wirklich?

Kriegsrhetorik im Wahlkampf

Die Favoriten dieser Wahlen waren die Parteien Narodnyj Front (Volksfront, 22,14 Prozent), der Block von Petro Poroschenko (21,82 Prozent) und Samopomitsch (Selbsthilfe, 10,97 Prozent). Sie werden die neue Regierungskoalition bilden. Ideologisch stehen sich diese politischen Kräfte sehr nahe: Sie sind infolge der Maidan-Proteste und der Flucht des Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch an die Macht gekommen, propagieren eine proeuropäische Ausrichtung, wirtschaftlichen Liberalismus, Wertekonservatismus und gemäßigten Nationalismus im Bildungsbereich und setzen sich für die möglichst schnelle Implementierung des Assoziierungsabkommens mit der EU ein. Die Partei Narodnyj Front des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk, die das beste Wahlergebnis erzielt hat, hantierte vor der Wahl am stärksten mit der Kriegsrhetorik und versprach die Rückgewinnung der verlorenen Territorien im Südosten und den militärischen Sieg. Auf ihren Parteilisten standen der Regierungschef, der Parlamentsvorsitzende, die Innen- und Justizminister der Übergangsregierung und einige Anführer der Freiwilligenbataillone. Eines der wichtigsten Wahlversprechen Jazenjuks war das Errichten einer mehr als 2.000 Kilometer langen Mauer entlang der ukrainisch-russischen Grenze. Das Projekt soll «Europäischer Wall» heißen.

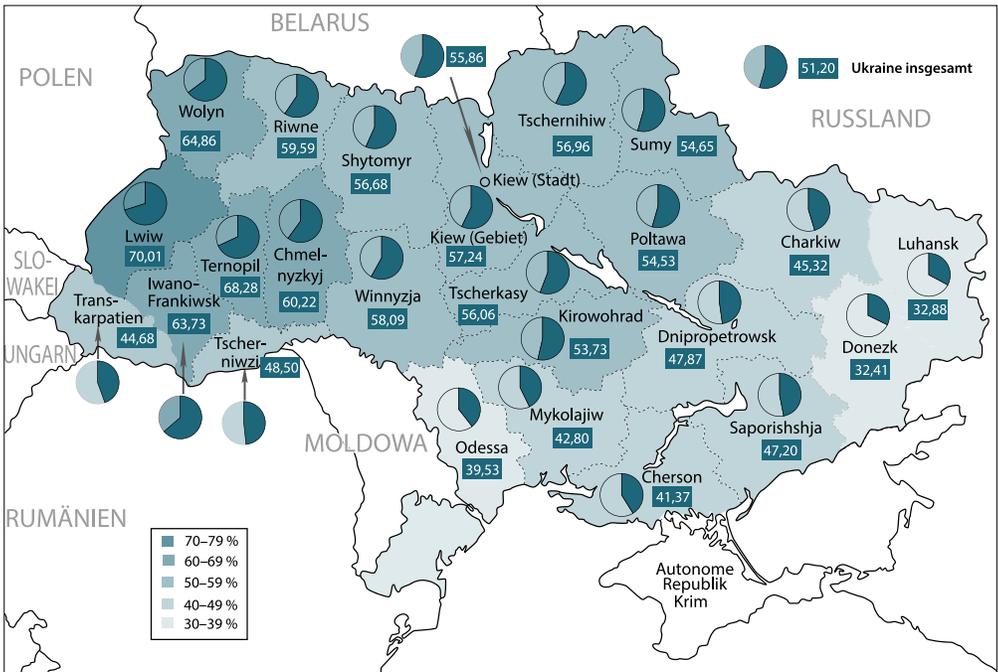
Den zweiten Platz erreichte der präsidennahe Block von Petro Poroschenko. Diese Partei hat sich als eine eher zurückhaltende Kraft positioniert, ihre Hauptbotschaft im Wahlkampf war der Aufruf zur Einigung des Landes. An der Spitze ihrer Wahlliste stand der Kiewer Bürgermeister und Ex-Boxer Vitalij Klitschko. Außer ihm standen auf der Parteiliste Schriftsteller, Ärzte, Geschäftsleute und Vertreter der Öffentlichkeit. Ziemlich unerwartet für viele Ukrainer wurde die Wahlkampagne der präsidennahen Partei von den bekannten Journalisten Mustafa Najem und Sergij Leshchenko unterstützt, die Poroschenko früher scharf kritisiert hatten. Je näher dann aber der Wahltermin rückte, desto unauffälliger wurde die «befriedende» Wirkung des Blocks von Petro Poroschenko, und am Ende erschienen auch seine Wahlplakate mit dem offensiven Slogan «Für den Sieg!».

Die dritte Wahlgewinnerin, Samopomitsch, wird vom amtierenden Bürgermeister von Lwiw, Andrij Sadowyj, angeführt. Er war ein aktiver Anhänger des Euro-Maidan und ist durch die Protestwelle landesweit berühmt geworden. Seine Partei verspricht, die Korruption zu bekämpfen und sich für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen einzusetzen. Dabei konnte auch Samopomitsch der Versuchung der Kriegspropaganda nicht widerstehen und nahm den Anführer des Freiwilligenbataillons «Donbass» in ihre Liste auf, wie es die anderen Wahlfavoriten mit weiteren Bataillonsführern praktiziert hatten.

Der Wahlboykott im Osten

Wegen der Krim-Annexion und der fehlenden staatlichen Kontrolle in einer Reihe von Ortschaften in den Oblasten Lugansk und Donezk wurden lediglich 420 von 450 Abgeord-

Beteiligung an den Parlamentswahlen 2014 nach Regionen



Anmerkung: Angaben für alle Bezirke außer der Autonomen Republik Krim (insgesamt elf), Sewastopol, neun Bezirken in der Region Donezk (von insgesamt einundzwanzig) und sechs Bezirken in der Region Lugansk (von insgesamt elf).

Quelle: Berechnungen der Redaktion der *Ukraine-Analysen* nach Angaben der Zentralen Wahlkommission der Ukraine

neten gewählt. Es wird davon ausgegangen, dass die restlichen 30 Mitglieder der Werchowna Rada dann gewählt werden, wenn die Krim und die ostukrainischen Gebiete von der Kiewer Regierung wieder vollständig verwaltet werden. Es ist jedoch nicht klar, wann dies passieren kann.

Selbst in den von der Regierung kontrollierten Gebieten war die Wahlbeteiligung allerdings sehr niedrig – zu den Wahllokalen sind knapp 52 Prozent der Wähler gekommen. Der Grund dafür war ein Boykott der Wahlen durch einen wesentlichen Teil der Bevölkerung in den südöstlichen Oblasten und in Transkarpatien. So hat in den Gebieten Lugansk und Donezk nur ein Drittel der registrierten Wählerinnen und Wähler abgestimmt.

Die niedrigste Wahlbeteiligung zeigten die Regionen, die früher am aktivsten Janukowitsch und seine Partei der Regionen unterstützt haben. Enttäuscht von ihren früheren Leitbildern nach der Flucht des Ex-Präsidenten, vertrauen sie keinen neuen politischen Kräften und lehnten prinzipiell die Idee ab, «Pro-Maidan-Parteien» zu wählen, die auf ukrainischen Patriotismus und nationale Pietät setzen.

Diejenigen, die dennoch an den Wahlen teilnahmen, haben ihre Stimmen sehr oft dem Oppositionellen Block (9,42 Prozent) gegeben – der Partei, die de facto die Fahne der Partei der Regionen hochhält. Zu erwähnen ist auch, dass im neuen Parlament der Oppositionelle Block die einzige politische Kraft ist, die sich zumindest nominell zur Repräsentantin

der Interessen der Bevölkerung der südlichen und östlichen Regionen erklärt, die die Maidan-Bewegung nicht akzeptiert. Zählt man die Stimmen für die Partei Sylna Ukraina (Starke Ukraine) von Sergij Tigipko und für die Kommunistische Partei hinzu, dann zeigt sich, dass die Mitglieder der ehemaligen Regierungskoalition ihren Stimmenanteil in den südöstlichen Regionen konsolidieren konnten. Sie haben sich nach schweren Verlusten zu Beginn des Jahres wieder erholt und ihre Ergebnisse wesentlich verbessert.

Diskreditierung der Linken

Die Unzufriedenheit des Südostens versuchte auch die Kommunistische Partei (KPU) für sich zu nutzen, hatte aber auf aktiven Wahlkampf faktisch verzichtet. Ihr Misserfolg erklärt sich auch dadurch, dass ihre Rhetorik fast keine Unterschiede zu der des Oppositionellen Blocks aufwies. Infolgedessen wird die KPU zum ersten Mal in ihrer Geschichte nicht in der Werchowna Rada vertreten sein.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Scheitern der KPU nicht nur mit den Verbotsversuchen und dem öffentlichen Druck seitens der Machthabenden und/oder der politischen Gegner zusammenhängt, sondern auch damit, dass es für die Bürger auf der Krim und in Teilen der Oblaste Donezk und Lugansk unmöglich war, an den Wahlen teilzunehmen. Gerade dort aber hatte die Kommunistische Partei traditionell starke Unterstützung erhalten. Diese politische Kraft, die den Begriff Kommunismus für sich instrumentalisierte, pflegte jahrelang enge Beziehungen zu den regierenden Parteien. In der letzten Legislaturperiode arbeitete die KPU mit dem korrupten Regime von Janukowitsch zusammen, was sie letztendlich in den politischen Abgrund geführt hat.

Zu den Wahlen trat auch Der Block linker Kräfte an, der mit dem einflussreichen Geschäftsmann, Ex-Verkehrsminister und Führer der Sozialistischen Partei der Ukraine, Mykola

Rudkowskyj, in Verbindung gebracht wird. Die Wahlkampagne dieser Partei war aber ziemlich schwammig und schwach; hinzu kam der dubiose Ruf Rudkowskyjs, weswegen die Partei nur 0,07 Prozent der Stimmen bekommen hat.

Die vormalig linke Organisation Borot'ba hat ihre legale politische Tätigkeit in der Ukraine praktisch eingestellt, nachdem sie den zweifelhaften Ruhm erworben hatte, die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu unterstützen. Mindestens zwei Aktivisten der Gruppe wurden in Charkiw und Odessa wegen Terrorismusverdachts in Haft genommen.

Die Anhänger der neuen ukrainischen Linkspartei Sozialistische Ukraine haben sich nicht zur Wahl gestellt, weil sie dafür weder die organisatorischen noch andere Ressourcen besitzen. Somit wird die Linke im neuen Parlament nicht vertreten sein.

Das Spiel der Rechtsradikalen

Katastrophal waren die Wahlergebnisse auch für die Nationalradikalen aus der Swoboda-Partei. Im Unterschied zu 2012, als die Partei über 10 Prozent der Stimmen erhalten hatte, haben den Nationalisten diesmal einige Zehntelprozent gefehlt, um ins Parlament einzuziehen. Das ist eine der wenigen erfreulichen Nachrichten von diesen Wahlen.

Das war es dann aber auch schon mit den guten Nachrichten, denn sechs Swoboda-Abgeordnete sind in Mehrheitswahlkreisen gewählt worden. Außer ihnen sind noch Ultranationalisten aus den anderen Parteien und ein paar Neonazis ins Parlament gekommen. Die Rechtsradikalen sind in den Wahlen nicht mit einem Block angetreten, sondern haben die Listen der Gewinnerparteien infiltrierte oder ihre Unterstützung in den Wahlkreisen genutzt.

Zu den bekanntesten Figuren aus diesem Spektrum gehören der Führer der Sozial-Na-

tionalen Versammlung (SNA), Andrij Bilezkyj, der sich in einem der Kiewer Wahlkreise mit der Unterstützung von Arsenij Jazenjuks Narodnyj Front wählen ließ, und der Anführer des Rechten Sektors, der radikale Nationalist Dmytro Jarosch, der in einem Mehrheitswahlkreis erfolgreich war. Jedem von ihnen stehen bewaffnete Milizen zur Verfügung, die formell zum Innenministerium gehören und gegen die prorussischen Separatisten und Anhänger der sogenannten Donezker und Lugansker Volksrepubliken kämpfen. Außerdem hat es die rechtspopulistische Radikale Partei von Oleg Ljaschko mit 7,44 Prozent ins Parlament geschafft. Auf ihrer Liste standen auch einige bekannte Neonazis. So ist es sehr wahrscheinlich, dass die Nationalradikalen ihre eigene Abgeordnetengruppe oder eine Interfraktionsvereinigung bilden, um ihre Tätigkeit in der Werchowna Rada zu konsolidieren.

Bruch mit der Vergangenheit?

Das letzte ukrainische Parlament hat nur zwei Jahre gearbeitet. In den vorgezogenen Wahlen am 26. Oktober hat es die Hälfte der Parteien, die früher im Parlament vertreten waren, nicht mehr in die Werchowna Rada geschafft. Bemerkenswert ist vor allem, dass die national-demokratische Batkiwtschtschyna-Partei der Populistin Julia Timoschenko nur mit Mühe und Not die Fünfprozenthürde genommen hat (5,68 Prozent). Nach den Wahlen 2012 hatte Batkiwtschtschyna noch die zweitgrößte Fraktion im Parlament gestellt.

Das Desaster für die alten Parteien bedeutet allerdings nicht, dass sich die Zusammensetzung der Werchowna Rada radikal verändert hätte. Viele einflussreiche Personen vom alten Establishment haben ihre Parteibücher gewechselt und sind ins Parlament auf den Lis-

ten der neu gegründeten politischen Projekte gekommen, andere gewannen ausreichend Stimmen in den Mehrheitswahlkreisen. Unabhängig davon, für welche Variante sie sich entschieden, hat sie der Wahlkampf viel Geld gekostet. Der Platz auf einer Parteiliste oder der Sieg im Mehrheitswahlkreis können einen gewählten Abgeordneten durchaus ein paar Millionen US-Dollar kosten.

Viele einflussreiche Personen vom alten Establishment haben ihre Parteibücher gewechselt und sind ins Parlament auf den Listen der neu gegründeten politischen Projekte gekommen.

Das zeugt davon, dass trotz anderslautender öffentlicher Verlautbarungen und Wünsche der Einfluss der Oligarchen auf den politischen Prozess keineswegs abgenommen hat – angefangen beim Präsidenten Poroschenko, der mit einem Vermögen von 1,3 Milliarden US-Dollar zu den Top Ten der reichsten Geschäftsleute der Ukraine gehört. Vor dem Antritt seines neuen Amtes hatte er versprochen, seine Unternehmen zu verkaufen. Davon ist seither nie wieder die Rede gewesen.

Über staatliche Macht und Posten verfügen auch andere Superreiche. Der stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung, Jurij Kosjuk, ist ein einflussreicher Agrarmagnat mit einem Kapital von 1,3 Milliarden US-Dollar. Der Gouverneur des Dnipropetrowsker Oblasts, der sogenannte patriotische Oligarch Igor Kolomojskyj, ist Mitbesitzer der größten ukrainischen Bank und 1,8 Milliarden US-Dollar schwer. Auch andere dubiose Personen sind nicht von der Bildfläche verschwunden, so etwa Rinat Achmetov (11 Milliarden US-Dollar), Dmytro Firtasch (400 Millionen US-Dollar), Viktor Pintschuk (3 Milliarden US-Dollar) und weitere Superreiche.

Keine der 2014 im Parlament vertretenen Parteien konnte sich dem Verdacht entziehen,

von den Oligarchen verdeckt finanziert zu werden. Für solche Vorwürfe gibt es genug Gründe. Lobbyisten der Großwirtschaft finden sich praktisch auf allen Parteilisten. Der Einfluss der Großunternehmen zeigt sich auch in den Parteiprogrammen: Keine der Parteien, die zu den Gewinnern der Wahl zählt, spricht von einer progressiven Besteuerung, niemand verspricht, Kapitalflucht ins Ausland oder künstliche Monopole in der Wirtschaft zu verhindern.

Neoliberaler Durchbruch

Unabhängig von den Inhalten einzelner Parteiprogramme ist klar, dass sich die Menschen auf drastische Kürzungen bei der sozialen Infrastruktur und auf den Abbau sozialer Standards einstellen müssen. Das war übrigens auch das Ziel von Ex-Präsident Viktor Janukowitsch vor seinem Rücktritt; er hatte jedoch versucht, die unpopulären Maßnahmen möglichst weit in die Zukunft zu verschieben.

Die neue Regierung wird radikal handeln müssen. Der vor Kurzem vom Block Poroschenko veröffentlichte Entwurf eines Koalitionsabkommens erlaubt es, die öffentlichen Transportunternehmen rasch zu privatisieren, die Anzahl der Krankenhäuser zu reduzieren und Minen zu schließen – das Dokument bereitet den Weg für eine allgemeine Deregulierung der ukrainischen Wirtschaft. Geplant sind Entlassungen im öffentlichen Dienst, staatliche Subventionen und die Streichung von Steuerschulden für private Unternehmen, ein neues Arbeitsgesetzbuch, das die Entlassung von Arbeitnehmern ohne Absprache mit der Gewerkschaft erlauben soll, die Erhöhung der Gaspreise für die Bevölkerung entsprechend einer Forderung des IWF.

Dabei ist die Lebensqualität in der Ukraine 2014 erheblich gesunken: Die Haushaltsausgaben für Soziales wurden zugunsten des Mi-

litärs umgewidmet, die nationale Währung hat 85 Prozent ihres Wertes eingebüßt, die Preise für Gas, Strom, Wasser sowie für Lebensmittel sind deutlich gestiegen, aber die Gehälter sind die alten geblieben oder sogar gesunken. Ganz zu schweigen davon, dass viele Menschen ihre Arbeitsplätze verloren haben oder unbezahlten Urlaub nehmen mussten (verdeckte Arbeitslosigkeit) und viele Familien ihre Wohnungen wegen der Kriegshandlungen im Donbass-Becken verloren haben. Über 800.000 Einwohner der südöstlichen Regionen wurden vertrieben oder flohen, viele davon nach Russland.

Man darf nicht vergessen: Die soziale Unzufriedenheit war einer der wichtigsten Gründe für die Massenproteste gegen Janukowitsch vor einem Jahr. Die Krim-Annexion, der Krieg in der Ostukraine, anschwellender Patriotismus und nationalistische Rhetorik haben die sozialen und wirtschaftlichen Fragen zeitweilig überdeckt und verdrängt. Aber die Spannungen innerhalb der ukrainischen Staatsführung wachsen, und die alten sozialen Widersprüche sind nicht nur nicht behoben, sondern haben sich sogar zugespitzt. Die neue Koalition scheint unfähig zu sein, sie zu lösen.

Und dann gibt es noch den Faktor Russland. Die herrschende Klasse in Russland nutzt die Destabilisierung der Ukraine, um jeglichen politischen Wandel in den Augen der eigenen Bevölkerung zu diskreditieren. Eine solche Destabilisierung ist einfacher möglich wegen der starken Abhängigkeit der ukrainischen Wirtschaft von Energieimporten und wegen des Engagements der russischen Seite in der bewaffneten Konfrontation im Osten der Ukraine.

Übersetzung aus dem Russischen: Nelia Vakhovska

Tiina Fahrni

UNMÖGLICH, ZUR UKRAINE KEINE MEINUNG ZU HABEN

EINE KRISE ALS WENDE- UND STREITPUNKT

«Mit dem Referendum auf der Krim wurde ein Schlusstrich unter eine Epoche gezogen, die 25 Jahre angedauert hatte. Das schnelle Zerbröckeln der Sowjetunion bezeichnete das Ende der Träumereien von gleichberechtigter Annäherung und befruchtendem Ideenaustausch. Die Deutungshoheit über Wertvorstellungen und Regeln der internationalen Beziehungen ging an die Siegerseite.»¹ Mit diesem Fazit erfasste Fjodor Lukjanov, Chefredakteur der Zeitschrift *Russland in der globalen Politik*, bereits im März 2014 das Ausmaß der Ukraine-Krise für Russland im internationalen Kontext. Einen weiteren Schlusstrich erblickt er in den Sanktionen des Westens: «Seit dem Ende des Kalten Krieges gründet der Dialog Russlands mit dem Westen, in erster Linie mit Europa, auf der Annahme, dass Russland früher oder später zu einer erweiterten ›westlichen Gemeinschaft‹ gehören würde. Demzufolge wurde die Idee der strategischen Partnerschaft beibehalten, was die Unabdingbarkeit, wenn schon nicht aufrichtigen Vertrauens, so doch seiner Nachahmung, nämlich beidseitigen Stillschweigens, voraussetzte. Mit der Einführung der Sanktionen wurde darunter ein Schlusstrich gezogen».² Das Ausmaß der Geschehnisse, die Ende 2013 auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew eingeläutet wurden, ist in Russland allgegenwärtig, ohne dass es genau bestimmt werden könnte. Über die Beziehungen Russlands zur EU oder gar zu den USA wird kein Wort geschrieben, in dem nicht das Bewusstsein einer grundlegenden Veränderung mitschwingt. Die Entwicklungen auf dem Gebiet der Ukraine selbst werden mit großer Besorgnis verfolgt. Georgij Bovt bezeichnet das

Geschehen im Südosten als hybriden Krieg, dessen Ziele unklar seien: «Der hybride Krieg ist lediglich im Vergleich zum offenen Krieg gut, kann aber auch nicht lange andauern. Schlecht ist er, weil es keinen Plan gibt, wie er beendet werden kann, da es von Beginn an keine klar umrissenen und, vor allem, bewussten Ziele gab. Wie sieht denn ein ›Sieg‹ aus in diesem seltsamen Krieg? Die taktischen Ziele verändern sich ständig. Moskau, das sich nach wie vor nicht zur unmittelbaren Beteiligung bekennt, hat seine Wünsche schwammig formuliert: die Autonomie der östlichen Regionen und (stillschweigend) Blockfreiheit für die Ukraine. Betreffend die Ukraine wird kein ›großer Deal‹ angestrebt oder vom Westen vorgeschlagen. Auch da ist es mit der Zielsetzung nicht weit her: Eine Rückkehr zur Situation von 2013 ist illusorisch. Während Bereitschaft signalisiert wird, über die Berücksichtigung der Interessen Russlands beim Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine zumindest zu reden, hört man aus Brüssel zustimmende Kommentare zu einer ukrainischen Nato-Beitrittsperspektive – auch diese Variante komme nun mal infrage. Es gibt zwar Lippenbekenntnisse zu Russlands Interessen, aber niemand bereitet ein neues Jalta vor.»³

Gleb Pavlovskij, Publizist und ehemaliger Berater der Präsidentschaft, sieht als Auslöser der Krisen verschiedene Ausprägungen derselben Erscheinung: «Im Osten materialisierte sich das allgemeine Misstrauen von Bürgern ukrainischer Regionen gegenüber dem ukrainischen Staat – auf andere Art als auf dem Euro-Maidan in Kiew. Nachdem sie sich in den Botschaften aus Kiew nicht wie-

derfinden konnten, fanden sie ihre Sprache im russischen Mediendiskurs. Ich bin überhaupt nicht einverstanden mit der Definition der ukrainischen Revolution als faschistische Revolte. Aber diese Revolution ist meines Erachtens ausgeartet. Jede Revolution gebiert auch Ungeheuer, und so hat die ukrainische liberale Revolution Ungeheuer hervorgebracht, die den Osten des Landes erschreckten. Es versteht sich, dass Russland diese Gelegen-

heit, auf Kiew und den Westen Druck auszuüben, genutzt hat, um seine Stellung in diesem Teil Eurasiens nicht einzubüßen. Aber der Prozess geriet außer Kontrolle, und

zwar für alle – sowohl für Russland als auch für Europa. Obama gießt lediglich Öl ins Feuer.»⁴ Linke Gruppen und Bewegungen in Russland beschäftigen sich seit über einem Jahr genauso intensiv mit den Geschehnissen in der Ukraine und ihrer Interpretation, wie dies in den Medien und in der Gesellschaft allgemein geschieht. Nicht selten hat diese Beschäftigung zu Spaltungen geführt, die mitunter mitten durch die Organisationen hindurchgehen. Die nicht parlamentarischen Linken betrachteten die Proteste auf dem Kiewer Maidan zu Beginn noch mehrheitlich durch ein positives Prisma, das aber an den Nachrichten über die nationalistische Grundstimmung zerbrach. Keine Unterstützung findet die jetzige Kiewer Regierung. In der Einschätzung der Kräfte in den selbsternannten Volksrepubliken Donezk (DNR) und Lugansk (LNR) herrscht Uneinigkeit.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), in der Staatsduma mit 20 Prozent der Sitze zweitstärkste Kraft, unterstützt die Ukraine-Politik von Präsident Vladimir Putin. In der Partei wird betont, der Dissens in innenpolitischen Fragen und das

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), in der Staatsduma zweitstärkste Kraft, unterstützt die Ukraine-Politik von Präsident Vladimir Putin.

Agieren als Oppositionspartei stünden in keinem Widerspruch zum seit Längerem bekannten außenpolitischen Konsens. Die Partei organisiert seit Monaten unabhängige Hilfsgütertransporte in die Regionen Donezk und Lugansk. Mit einem Aufruf zur internationalen Unterstützung wandte sich der langjährige Parteivorsitzende Gennadij Sjaganov gegen das Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine. Der Stellvertretende Vorsitzende Ivan

Melnikov fasste auf einem Plenum im April 2014 wie folgt zusammen: «Wir haben gesehen, wie ein gereifter, gerechtfertigter Bürgerprotest gegen korrumpierte Oligarchen sich

nicht in eine soziale Revolution ergoss, und wurden Zeugen einer rasanten und tragischen Umwandlung realen Protestpotenzials in eine typische «farbige Revolution», die, unter der Führung Washingtons, zu einem Staatsstreich führte. Vladimir Putin sandte ein wichtiges Signal, als er sagte, Russland wolle, dass die Ukraine ein starker und souveräner Staat sei und die Krim gemeinsames Erbe darstelle. Wir Kommunisten aber müssen den Ukrainern ein anderes Signal senden: Nicht nur die Krim, sondern auch unser Kampf ist uns gemein. Der Kampf der Arbeitenden um ein würdiges Leben. Und das ist der Punkt, an dem wir dem bürgerlichen Patriotismus der russischen Elite und dem primitiven Nationalismus Kiews einen anderen Patriotismus entgegensetzen müssen: einen Patriotismus, der nicht von den Idealen sozialer Gerechtigkeit zu trennen ist.»⁵ Die beiden international wohl bekanntesten linken Denker Russlands, Alexander Buzgalin und Boris Kagarlitzkij, mit deren Organisationen Alternativy (Alternativen) und IGSO (Institut für Globalisierung und soziale Bewegungen) die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit Jahren zusammenarbeitet, nehmen in der

Boris Kagarlitzkij hält den Maidan-Demonstrationen, die er als einen Aufstand der Mittelklassen identifiziert, die Proteste im Osten des Landes entgegen und bezeichnet diese als Aufstand des Proletariats.

Ukraine-Frage unterschiedliche Positionen ein. Alexander Buzgalin hält ein dialektisches Vorgehen bei der Analyse für den einzig angemessenen Zugang. Das Recht auf demokratische Selbstbestimmung macht er ebenso geltend für die Maidan-Demonstranten, die gegen Oligarchie und Bürokratie protestierten, wie für die Bewohner der Krim sowie der Regionen Lugansk und Donezk. Dass rechtsliberale und -nationalistische Führer den Maidan usurpiert haben, hält er für ein Verbrechen und verurteilt den Massenmord an Bewohnern der Regionen Lugansk und Donezk durch diese Kräfte. Faschistische Ideologie und Symbolik müsse sowohl in der Ukraine als auch in Russland und den Regionen Donezk und Lugansk verboten werden. Der sozioökonomische Charakter der Geschehnisse und die innenpolitischen Ziele sollten viel stärker in den Vordergrund rücken als geopolitische Interessen der Ukraine, der EU, der USA, von Novorossija und Russland, so Alexander Buzgalin. Wichtig sei der Kampf für basisdemokratische, soziale und wirtschaftliche Rechte, und zwar überall. Dabei erkennt Buzgalin gerade in den Volksrepubliken neue Formen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens, die progressiver seien als in Russland und für die es sich einzusetzen lohne.⁶

Boris Kagarlitzkij hält den Maidan-Demonstrationen, die er mit den Protesten der Jahre 2011 und 2012 in Russland vergleicht und letztlich als einen Aufstand der Mittelklassen identifiziert, die in eine Unabhängigkeitsbewegung gemündeten Proteste im Osten des

Landes entgegen und bezeichnet diese aufgrund der dortigen Sozialstruktur als Aufstand des Proletariats. Die Aktivisten und Führer der Republik Donezk müssten die sozialen Interessen der eigenen Bevölkerung erkennen und darauf ein von der Ukraine und Russland unabhängiges Gebilde aufbauen. Moskaus unentschlossene Haltung, die keinen aktiven Einsatz für die ostukrainischen Gebiete vorsehe, kritisiert er ebenso wie das Unvermögen ukrainischer Maidan-Aktivisten, in ihrer Beurteilung zwischen russischer Regierung, Elite und Gesellschaft zu unterscheiden, während sie ihr eigenes Land durchaus differenziert betrachteten. Die Losungen über den Zusammenhalt der slawischen Brüder von russischer Seite seien eher als innenpolitische Propaganda einzuschätzen denn als tatsächliches außenpolitisches Programm. «Weder die Kiewer noch die Moskauer Intelligenzija konnten sich vorstellen, dass Arbeiter und städtische Unterschicht, Familienmenschlichen mittleren Alters, bis vor Kurzem apolitische russischsprachige Arbeitspferde, auf die Straße gehen und sich auch noch selbstständig organisieren.»⁷

Nicht nur Boris Kagarlitzkij und das IGSO mit dem ihm nahestehenden Online-Forum Rabkor, sondern auch weitere linke Gruppierungen, oder zumindest Teile davon, wie die Levvyj Front (Linke Front) mit ihrem seit Juli 2014 wegen «Organisation von Massenunruhen» inhaftierten Anführer Sergej Udalov, die ROT FRONT (Russische Vereinigte Arbeiterfront) oder die Union der kommunistischen Jugend (SKM) befürworten die Unabhängigkeit ostukrainischer Territorialgebilde. Die Bewohner von Lugansk und Donezk werden von diesen Kräften unter anderem als Zielpublikum für Weiterbildung über linke Ideen gesehen.

Trennscharf können patriotische Stimmungen im Spektrum der benannten Kräfte nicht isoliert werden. Die DNR-Führung bedient sich aktiv am sowjetischen Symbolfundus und zieht mit den Leitparolen zur Nationalisierung

von Unternehmen und zum Widerstand gegen den Faschismus diejenigen Linken an, die sich an der Sowjetunion und ihrer Großmachtstellung orientieren. Eine solche Haltung muss nicht mit verstaubter Rückwärtsgewandtheit präsentiert werden, wie die SKM-Aktivistin Olga Ivanova in ihren Youtube-Beiträgen zur Unterstützung der ostukrainischen Unabhängigkeit oder der russischen Außenpolitik beweist: Mit einem Korb Tomaten auf dem Kopf singt sie ein Lied über Parmesan und Jamón, die zum Symbol der russischen Gegenanktionen avancierten Lebensmittel, deren Fehlen von berühmten Exponenten der Liberalen beweint wird, während die einfachen Menschen nun anstatt der Weine aus Übersee die günstigeren von der Krim genießen können.⁸

Die Organisation Nationalbolschewistische Partei (NPB) von Eduard Limonov, der aus dem ostukrainischen Charkiw stammt, nimmt wegen ihrer Positionen für soziale und nationale Gerechtigkeit, ausgehend von einer «imperialistischen Dominanz Russlands in der Außenpolitik», eine besondere Rolle in diesem Gefüge ein. Freiwillige aus den Reihen der NPB unterstützen die Unabhängigkeitskämpfer in der Ostukraine. Neben politischen Rechten und einem Status des Russischen als Nationalsprache fordert die NPB auch die Zerschlagung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Diejenigen linken Bewegungen oder Teile davon, die sich auch allgemein stärker vom sowjetischen Erbe distanzieren, kritisieren sowohl die Kiewer Regierung als auch die Donezker Volksrepublik. Dazu gehören die Russische Sozialistische Bewegung (RSD), die russische Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KRI), der anarcho-antifaschistische Rot-Schwarze Block und die Bewegung «Autonome Aktion». Ein Aufruf zu einer antifaschistischen Demonstration am 4. November in St. Petersburg verdeut-

licht diese Linie: «Die Regierung Russlands will weismachen, Hauptfeind sei der ‹banderovec›. Die Regierung der Ukraine will weismachen, der Hauptfeind sei der sogenannte ‹vatnik›. Das gab es aber noch nie, dass Kriege für nationale Interessen dem einfachen Volk Nutzen gebracht hätten, die eigentlich die Interessen der Beamten und Kapitalisten sind. An diesen Kriegen bereicherten sich immer ausschließlich die Kapitalisten und die Machthabenden. Genau das geschieht jetzt im Südosten der Ukraine: Der ukrainische Staat festigt seine Positionen in der Gesellschaft und befruchtet ultrarechte Bewegungen, die auf Befehl von oben bereit sein werden, jeden Protest zu ersticken. Der russische Staat heizt den Krieg an, begleitet von totaler Propaganda mit allen möglichen Mitteln. Was hat das Volk des Donbass vom Krieg? Zerstörte Häuser, Tod von Nahestehenden und Hunger. Was haben die Einwohner Russlands vom Krieg in der Ukraine? Den Zerfall des Rubel-Kurses, die Verschlechterung der Lebensqualität und den Tod derjenigen, die für die Interessen von Politikern und Oligarchen in den Krieg zogen.»⁹

Ähnliche Positionen sind, ausgehend von unterschiedlichen ideologischen Standpunkten, auch in den analytischen Kanon eingegangen:

Diejenigen linken Bewegungen, die sich allgemein stärker vom sowjetischen Erbe distanzieren, kritisieren sowohl die Kiewer Regierung als auch die Donezker Volksrepublik.

«Als grundsätzliches Bindemittel für eine nationale Politik diene immer und dient auch heute die Suche nach einem äußeren Feind, gegen den man sich mit vereinigten Kräften zur Wehr setzen muss. Ein solcher *modus operandi* wurde auch dem ukrainischen Volk vorgeführt. Zu Beginn diene diese Suche vortrefflich als Zement, der die Nation zusammenhielt und sie gegen den Feind von außen

richtete, als der zuerst der Bösewicht Janukowitsch und später Russland identifiziert wurde. Dieser Mechanismus wurde in der Ukraine während der letzten dreiundzwanzig Jahre perfektioniert. Er hat nur einen Nachteil: Er verschleißt das Land und entzieht ihm die Lebensenergie. Das scheint aber diejenigen wenig zu stören, die die Bürger der Ukraine grausam und scheinheilig ausnutzen.»¹⁰

sinten. Nichtsdestotrotz und ungeachtet der zu erwartenden Schwierigkeiten trat der linke Block als «Antimilitaristische Koalition» auf und vereinigte Anarchisten, Sozialisten – darunter Mitglieder der RSD, Feministinnen und LGBT-Aktivisten. Im Unterschied zu anderen Blöcken benutzen die Teilnehmenden der Koalition weder russische noch ukrainische Staatssymbolik und demonstrieren so ihren

Das stark zersplitterte linke Spektrum in Russland hat mit der Krise der Ukraine, insbesondere in der Frage, ob die Unabhängigkeitsbestrebungen im Osten des Landes unterstützt werden sollten, eine neue Trennungsschneise in sein System der gegenseitigen Befürwortung und Ablehnung geschmiedet.

Die Anti-Kriegs-Aktionen in Moskau und St. Petersburg führten zu weiteren Uneinigkeiten innerhalb der linken Gruppen, die sich gut an den Kommentaren zu diesen Aktionen aufzeigen lassen. Während die liberalen Initiatoren den «Friedensmarsch» am 21. September in Moskau in eine undifferenzierte und scharf kritisierte Anti-Putin- und Pro-Ukraine-Veranstaltung verwandelten, waren Linke bemüht, das Motto einzulösen und eine antimilitaristische Haltung zu demonstrieren. Sergej Kozlovskij von der RSD begründet seine Teilnahme wie folgt: «Die Position des Organisationskomitees war im Vorfeld bekannt gegeben worden: Wir kritisieren die russische Führung und lassen keine Kritik am offiziellen Kiew zu. Eine Verurteilung der ukrainischen Regierung, die im Donbass eine blutige «Anti-Terror-Operation» durchführt, wird in erster Linie von Linken erwartet. Deshalb wurden in den Tagen vor dem Marsch in einigen oppositionellen Medien Materialien veröffentlicht, die die Linken als vom Kreml gelenkte Provokateure diskreditieren sollten. Diejenigen Organisationen und Gruppen, die trotzdem am Marsch teilnahmen, hatten offenkundige Probleme mit der Mobilisierung von Gleichge-

Unwillen, sich mit einer Seite des von Oligarchen angezettelten bewaffneten Konflikts zu solidarisieren.»¹¹

Zu den Organisationen, die nicht teilnahmen, gehört die Linke Front: «Die «Linke Front» enthält sich der Teilnahme am heutigen sogenannten Friedensmarsch. Wir treten für eine konsequente Anti-Kriegs-Position ein, deshalb halten wir die Unterstützung und Befürwortung einer der Kriegsparteien für unzulässig. Nichtsdestotrotz werden unsere Agitatoren den einfachen Bürgerinnen und Bürgern, die zu der Veranstaltung gekommen sind, unsere Position vermitteln. Friede den Hütten, Krieg den Palästen! Nieder mit den Kiewer und Moskauer Oligarchen! Krieg dem Krieg!»¹² Trotz dieser Erklärung, keine der Seiten zu unterstützen, ließ Sergej Udaltsov aus der Strafkolonie verlauten: «Für mich sind in diesem Konflikt die Kiewer Machthaber das klare Übel. Die Mischung aus zynischen Oligarchen und scharfmacherischen Nationalisten ruft nichts als Ablehnung und Abscheu hervor. Nur die Einwohner von Novorossija haben das Recht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, in erster Linie die Rebellen, die in den letzten Monaten mutig für die Unabhängigkeit gekämpft

haben. Wenn sie den Kiewer Strafbataillonen verzeihen können, wenn sie mit den Bedingungen für den Frieden einverstanden sind, dann soll es so sein. Wenn sie es aber für unabdingbar halten, ihren gerechten Kampf weiterzuführen, dann ist das ihr Recht. Denn sie und niemand anders haben ihr Blut vergossen und ihr Leben riskiert, und nicht diejenigen, die in warmen Büros und Wohnungen wertvolle Anweisungen gegeben haben.»¹³

In St. Petersburg hatten Linke bereits Ende August eine eigene Anti-Kriegs-Aktion durchgeführt, deren Grundhaltung der RSD-Aktivist Vladimir Plotnikov mit deutlichen Worten zusammenfasst: «Ich habe keine Illusionen, was die Marionettenregime der DNR und LNR betrifft, bei denen es sich um kremlgesteuerte Juntas handelt, deren Macht auf Gewalt und Lüge beruht. Gewalt – das sind die Maschinengewehre und Granatwerfer der Kämpfer, teilweise zugewanderte Banditen und Söldner, teilweise Kriegsveteranen und professionelle Mörder sowie einige zur Verzweiflung getriebene Einwohner, die sich vom eigenen Land verraten fühlen und zu den Waffen gegriffen haben. Die Lüge – das ist die eigentliche Idee hinter dem sogenannten Novorossija, das mit den Traditionen und der Kultur des ukrainischen Ostens nichts zu tun hat. Ich habe keine Illusionen, was das neue Kiewer Regime betrifft, das auf der systematischen Ausplünderung der Arbeitenden im Interesse der Oligarchen und des internationalen Finanzkapitals begründet ist. Die nationalistische Hysterie, von neofaschistischen Organisationen und Politikern aufgebläht, zieht die Uk-

raine direkt in den Abgrund der Verelendung und der internen Xenophobie. Die Leitung der «Anti-Terror-Operation», die die Bevölkerung des Ostens vor Terror und imperialistischen Kämpfern schützen sollte, tötet friedliche Bürger grausamer und in größerem Umfang als die kriminellen Formationen der «Rebellen». Die kriegerischen Handlungen der ukrainischen Seite werden mit minimaler Rücksicht auf die Interessen der Bewohner der Region durchgeführt. Das führt dazu, dass alte Menschen und Kinder leiden und sterben, während die Führer der Separatisten neue Siege davontragen.»¹⁴

Das ohnehin stark zersplitterte linke Spektrum in Russland hat mit der Krise der Ukraine, insbesondere in der Frage, ob die Unabhängigkeitsbestrebungen im Osten des Landes unterstützt werden sollten, eine neue Trennungssache in sein System der gegenseitigen Befürwortung und Ablehnung geschmiedet.

1 www.gazeta.ru/comments/column/lukyanov/5952017.shtml.
 2 www.gazeta.ru/comments/column/lukyanov/6262697.shtml.
 3 www.gazeta.ru/comments/column/bovt/6198421.shtml. Georgij Bovt ist Politologe mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen und schreibt regelmäßig für das Nachrichtenportal gazeta.ru.
 4 http://news.liga.net/print/interview/politics/2348621-gleb-pavlovskiy_rossijskoe_tv_kontroliruet_myshlenie_kremlya.htm.
 5 <http://kprf.ru/party-live/cknews/130223.html>.
 6 Vgl. www.alternativy.ru/en/node/11378.
 7 <http://subscribe.ru/digest/economics/society/n1509491197.html>.
 8 Vgl. <http://francheska2017.livejournal.com/414679.html>.
 9 http://vk.com/redblackblog?w=wall-30806546_17059 (banderovec – Anhänger Stepan Banderas, ukrainischer Nationalist, oder pejorative Benennung für Ukrainer im allgemeinen; vatnik – wörtlich Wattejacke, pejorative Bezeichnung für russische Patrioten oder Russen).
 10 Der Publizist und Schriftsteller Platon Besedin im Forum «Svobodnaja Pressa» (Freie Presse), unter: <http://svpressa.ru/politic/article/97235/?mra=1>.
 11 http://anticapitalist.ru/analiz/oppozicziya/paradoksyi_marsha_mira.html.
 12 http://vk.com/leftfront_ru?w=wall-35430381_3261.
 13 <http://svpressa.ru/blogs/article/98695/>.
 14 http://anticapitalist.ru/analiz/tovarisshi/protivmezhdousobnoj_ksenofobii_ili_pochemu_ya_idu_na_antivoennyj_miting_30_avgusta.html.

DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION IST EINE TRAGÖDIE

INTERVIEW MIT OLEXANDRA NASAROWA UND MAXYM BUTKEWYTSCH ZUR SITUATION VON BINNENFLÜCHTLINGEN IN DER UKRAINE

Womit beschäftigen Sie sich? Arbeiten Sie mit Flüchtlingen aus der Ostukraine?

Olexandra Nasarowa: Zurzeit beschäftigen wir uns mit der Gründung eines Beratungszentrums für Flüchtlinge, engagieren uns bei der Suche nach Unterkünften für Flüchtlinge und bieten eine Sozialberatung an, etwa zu medizinischer Behandlung, Umzügen und Arbeitssuche.

Maxym Butkewytsch: Unser Schwerpunkt liegt dabei auf der Initiative «Haus von Freunden» (Dim drusiw), das aus dem Projekt «Ohne Grenzen» (Bes kordoniw) hervorgegangen ist. Im Rahmen dieser Initiative suchen wir Privatunterkünfte für Menschen aus dem Osten des Landes. Wir vermitteln zwischen Wohnungssuchenden und Hausbesitzern.

Wie viele Menschen sind offiziell und wie viele tatsächlich auf der Flucht?

M. B.: Die einzige aktuelle Statistik stammt vom UNHCR. Zum 1. September 2014 sprach der UNHCR von etwa 260.000 Vertriebenen (*displaced persons*) und Binnenflüchtlingen innerhalb der Ukraine. Erfasst sind allerdings nur Menschen, die sich bei den Behörden gemeldet haben. Deshalb dürfte die tatsächliche Zahl höher liegen. Viele reisen einfach aus und ziehen zu Verwandten und Freunden.

In welche Regionen flüchten die Menschen?

M. B.: In erster Linie gehen die Leute in Nachbar- oder Großstädte oder dorthin, wo bestimmte Personen und Organisationen die Flüchtlinge aufnehmen können. Unmittelbar nach der Annexion der Krim fuhren vie-

le nach Lwiw. Jetzt gehen die meisten nach Kiew, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Andere gehen nach Dnipropetrowsk, Charkiw, einige nach Saporischschja und seltener nach Odessa. Aber insgesamt hat sich die Tendenz mehr nach Osten oder nach Kiew verschoben. Nach Charkiw oder Saporischschja ziehen diejenigen, die, vorsichtig gesagt, keiner Seite in diesem Konflikt vertrauen und die die Ostukraine nicht verlassen wollen, weil sie Angst haben, wegen der russischen Sprache oder allein wegen ihrer Herkunft aus den von den sogenannten Rebellen kontrollierten Gebieten der Donezker und Lugansker Volksrepubliken benachteiligt zu werden.

O. N.: Wohin man geht, hängt natürlich auch davon ab, ob man Zeit hatte, die Abreise zu organisieren, wie im Fall der Krim. Wenn auch unter ziemlich harten Bedingungen konnten sich die Menschen damals doch auf den Umzug vorbereiten und überlegen, wo sie ein neues Leben beginnen wollen. In der Ostukraine hingegen herrscht de facto Krieg. Unter diesen Bedingungen haben die Menschen weder die Zeit, etwas zu planen, noch zu entscheiden, wohin sie gehen sollen. Sie sind einfach gezwungen, zu fliehen, und können nur die wichtigsten Sachen mitnehmen.

Jetzt setzt eine zweite Migrationswelle ein, von denen, die aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk in eine benachbarte Region geflohen sind. Wer nach Mariupol gegangen ist, merkt, dass die Situation in der Stadt gefährlich wird und man weiterziehen muss. Diese Menschen sind also innerhalb weniger Monate gezwungen, zum zweiten Mal umzu-

ziehen. Dann gibt es noch die Rückkehrer in die Gebiete, die kurzzeitig unter Kontrolle der Volksrepubliken Donezk und Lugansk standen, aber inzwischen wieder von der ukrainischen Zentralregierung kontrolliert werden. Laut offiziellen Quellen sollen etwa 90 Prozent der Einwohner von Slowjansk in die Stadt zurückgekehrt sein. Ich würde dieser Statistik persönlich allerdings nicht trauen.

M. B.: Eine weitere massive Flüchtlingsbewegung führt in die Russische Föderation. Darüber an verlässliche Zahlen zu kommen ist kompliziert. Die einzigen zugänglichen Angaben stammen vom Migrationsdienst der Russischen Föderation. Sie umfassen jedoch unterschiedliche Kategorien von Migranten. Darunter sind Menschen, die einen Flüchtlingsstatus beantragt haben, diejenigen, die einen Aufenthaltstitel haben wollen, andere ersuchen um eine Einbürgerung.

Wie hilfreich sind die sogenannten humanitären Korridore für die Flüchtlinge?

O. N.: Wir haben von einigen Tausend Menschen gehört, die die Territorien unter Kontrolle der Volksrepubliken Donezk und Lugansk über humanitäre Korridore verlassen haben.

M. B.: Wenn sich herausstellte, dass ein solcher Korridor gefährlich ist, wählen die Leute einen anderen, allerdings kann schon am nächsten Tag dieser Ort wieder gefährlich sein. Also, die Angaben sind widersprüchlich. Wir haben noch nie Information über Fluchtkorridore erhalten, die wirklich sicher waren.

Welche Rolle spielt Fremdenfeindlichkeit gegen Vertriebene aus dem Donbass in den Gebieten der restlichen Ukraine?

O. N.: Wir beobachten Fälle, in denen Vermieter eine Unterkunft verweigern. Selbstverständlich geben sie nicht das ganze Bild

wieder. Aber sogar Menschen, die Hilfe anbieten, stellen bestimmte Bedingungen, unter denen sie helfen wollen. Die Menschen direkt aus den Konfliktgebieten sehen sich vielen Verdächtigungen ausgesetzt. Diskriminierungen sind uns auch bei der Arbeitssuche bekannt. Dabei geht es meist nicht um die Frage der Einstellung, sondern darum, dass den Flüchtlingen ein viel niedrigeres Gehalt geboten wird.

M. B.: Außerdem beobachten wir, dass die Medien die Flüchtlinge als «böse Separatisten» darstellen. Immer wieder gibt es Meldungen nach dem Motto: Wir müssen sie aushalten, auch wenn sie die Flagge der Volksrepublik Donezk gehisst oder umgekehrt die ukrainische Flagge heruntergerissen haben. Solche Meldungen kommen aus den unterschiedlichsten Regionen, werden aber auch von den überregionalen Medien übernommen. Ein Teil davon stellte sich später als falsch heraus. Andere Vorfälle haben sich tatsächlich ereignet. Diese Einzelfälle werden aber als allgemeine Tendenz dargestellt.

Leider ist dieses Phänomen in der letzten Zeit relativ verbreitet und beeinflusst die Einstellung gegenüber Flüchtlingen, insbesondere in der Westukraine. Vor allem in Lwiw, Iwano-Frankiwsk und Ternopil haben wir es darüber hinaus mit einer Art Gettoisierung zu tun. «Wir wissen nicht, wer die sind, und versuchen auch nicht, mit denen zu kommunizieren», sagen dort viele Einwohner, wie mir kürzlich ein Aktivist aus Ternopil erzählte. Wir haben es also mit einer Art von indirekter Diskriminierung zu tun.

Frauen machen normalerweise den überwiegenden Teil der Flüchtlinge aus. Wird dieser Aspekt irgendwie berücksichtigt?

O. N.: Die fortschrittlichen Initiativen verstehen, dass Frauen mit Kleinkindern einen zusätzlichen Schutz brauchen, und passen ihre

Lebensmittel- und Medikamentenverteilung entsprechend an. Insgesamt gibt es aber keine speziellen Programme für vertriebene Frauen oder für Frauen mit Kindern ohne männliche Begleitung.

M. B.: Es gab keine Meldungen über geschlechtsbezogene oder sexuelle Gewalt, nachdem die Menschen schon hergekommen waren. Das heißt aber nicht, dass keine Vorfälle stattfinden. Aus meiner Sicht sind auch keine Bemühungen erkennbar, solchen Fällen vorzubeugen.

Werden vertriebene Männer diskriminiert, wenn sie sich weigern, den Militärdienst anzutreten?

O. N.: Offiziell hieß es, dass männliche Flüchtlinge nur auf eigenen Wunsch mobilisiert werden dürfen. Wir haben aber mitbekommen, dass dieses Prinzip nicht immer umgesetzt wurde. Man kann jedoch nicht behaupten, dass diese Fälle weitverbreitet sind.

M. B.: Trotzdem bekommen Männer häufiger Probleme mit staatlichen Behörden als Frauen, wenn sie die umkämpften Gebiete verlassen wollen, die wieder vom ukrainischen Militär – in der Regel Freiwilligenverbände – kontrolliert werden. Darüber gibt es viele Geschichten, die allerdings kaum zu überprüfen sind. Dabei geht es um Eigentumsenteignungen bei den ausreisenden Flüchtlingen, um zusätzliche Kontrollen, Verhaftungen und Gewaltanwendung im Verhör.

Gibt es auch Fälle institutioneller Diskriminierung gegenüber Flüchtlingen?

M. B.: Man kann nicht direkt von einer institutionellen Diskriminierung sprechen. Es geht um fehlende Unterlagen für die Rentenzahlungen, für die Sozialhilfe oder um zu lange und zu bürokratisierte Prozeduren. Man kann aber kaum behaupten, dass dies irgendwie gegen die Menschen aus be-

stimmten Regionen gerichtet ist. Dennoch wird viel über Schwierigkeiten bei der Anmeldung des Wohnsitzes berichtet. Es hängt mit dem sehr komplizierten, aus der sowjetischen Zeit geerbten Meldesystem zusammen. Dazu kommen noch Geldprobleme. Es ist nahezu unmöglich, Geld von Konten oder sogar Girokonten abzuheben, das in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk eingezahlt wurde.

O. N.: Ich denke, die Ukraine ist insgesamt kein effektiver Sozialstaat. Im Fall der Flüchtlinge fühlt sich der Staat nicht verpflichtet, für diese Menschen zu sorgen. Aus diesem Grund würde ich nicht von Diskriminierung, sondern von einem mangelhaften System für die Lösung sozialer Fragen insgesamt sprechen. Dies betrifft also nicht nur die Vertriebenen, sondern alle Bürger.

Welche Hilfe leisten die freiwilligen Initiativen? Inwieweit ergänzen sie die schwache staatliche Unterstützung?

O. N.: Ehrenamtliche Initiativen ergänzen die staatlichen Aktivitäten in vielerlei Hinsicht. Bis jetzt müssen wir feststellen, dass der Staat wie eine große schwerfällige Maschine sogar nach mehr als einem halben Jahr nach dem Auftauchen der ersten Vertriebenen keine systematische Unterstützung für diese Menschen bereitstellt. Die Hilfe, die Initiativen von Freiwilligen leisten, ist sehr vielseitig, einschließlich einfacher Sozialberatung für diejenigen, die gerade ankommen. Man muss ihnen erklären, an wen sie sich wenden müssen, wo was in der Stadt zu finden ist, wie die Papiere in Ordnung zu bringen sind und Ähnliches. Während dieser ziemlich langen Zeit von der Ausreise bis zum neuen Wohnsitz und der Rückkehr zu einem normalen Leben sind die Menschen leider auf ehrenamtliche Initiativen angewiesen. Ich würde mir wünschen, dass es anders wäre.

Welche Folgen haben die humanitäre Katastrophe im Donbass und die massive Migration für die ukrainische Gesellschaft?

O. N.: Die ganze ukrainische Gesellschaft gewöhnt sich allmählich an den Gedanken, dass das, was jetzt geschieht, ein ernster und dauerhafter Zustand ist. Die Erinnerungen an diese Ereignisse werden bleiben, wie auch die Menschen bleiben, die nicht zurückkehren können. Wir haben die Hoffnung, dass die ukrainische Gesellschaft lernt, solidarischer zu sein, nicht nur in solchen besonders schweren Situationen, auch im Allgemeinen. Es gibt doch eine Menge an latenten Konfliktsituationen. Ich meine jetzt nicht nur große politische Konflikte, sondern auch Fälle, in denen Menschen in eine ungewöhnliche Lage geraten, die sie nicht selbst meistern können. Seien es Asylsuchende und Flüchtlinge in der Ukraine, seien es chronisch kranke Menschen, Behinderte usw. Wir hoffen also, dass die ukrainische Gesellschaft lernt, solchen Menschen zu helfen.

M. B.: Früher existierte so ein Aktivismus einfach nicht. Es gab kein Gefühl zivilgesellschaftlicher Verantwortung. Die Entwicklungen der letzten Zeit sind beispiellos und werden langfristige Folgen haben. Nie zuvor

haben die Menschen eine derartige Bereitschaft, selbst aktiv zu werden, gezeigt, und nie zuvor herrschte solch ein Misstrauen gegenüber staatlichen Behörden. Dieses gesunde Misstrauen, das vom Aktivismus unterstützt wird, ist etwas ganz Neues.

Andererseits ist die gegenwärtige Situation natürlich eine Tragödie und ein Trauma für viele Menschen. Viele unserer Mitbürger leiden psychisch und physisch. Und dies betrifft nicht nur die humanitäre Lage. Dazu kommen noch die militärischen Opfer, also all die Gefallenen und Verletzten auf beiden Seiten, die zerstörten Städte und Unternehmen und alles andere, was enorme wirtschaftliche Folgen haben wird. In erster Linie geht es aber nicht um die wirtschaftlichen, sondern um die sozialen und intellektuellen Verluste. Auf der anderen Seite existierte noch nie zuvor ein so großer Wunsch, Kultur- und Bildungsprojekte zu gründen sowie die östlichen, zentralen und westlichen Regionen zu vereinigen. Deswegen sind die Folgen sehr gemischt, umstritten und äußerst traumatisch.

Gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung eines Interviews, das am 9. September 2014 unter <http://commons.com.ua> veröffentlicht wurde. Das Interview führte Jewhenija Koslowska. Die Übersetzung aus dem Ukrainischen stammt von Kateryna Zelenska.

Judith Dellheim

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE IN DER UKRAINE

Der US-amerikanische Planungsoffizier George F. Kennan formulierte 1948 folgende Sicht auf die Welt: «Wir haben mehr als 50 Prozent des Reichtums der Welt, aber nur 6 Prozent ihrer Bevölkerung.¹ Diese Disparität ist vor allem zwischen uns und [...] Asien besonders gewaltig [...]. Unsere Aufgabe in der kommenden Periode besteht darin, eine Struktur von Verhältnissen auszuhecken, die es uns ermöglicht, diese [...] Disparität ohne zunehmende Beeinträchtigung unserer nationalen Sicherheit aufrechtzuerhalten.»²

Diese Prämissen bedrohen auch diejenigen, die am Reichtum der Welt partizipieren wollen. Zu ihnen gehören mehr oder weniger mächtige Kreise in Russland und in der Ukraine, die noch immer mit der Erbmasse auch eines ökonomisch gescheiterten Wirtschaftssystems operieren. Diese oft diskutierten «Oligarchen» sind das Ergebnis einer mit Großprojekten, hochgradiger Konzentration und Zentralisation verknüpften Wirtschaftsentwicklung. Die politischen Kontrahenten und Konkurrenten in Russland und in der Ukraine müssen sich mit der «nationalen Karte», mit der «Disparität» beziehungsweise mit den USA, ihren wichtigsten Verbündeten wie Konkurrenten, auseinandersetzen.

Zwar können die russischen und ukrainischen Eliten untereinander kooperieren, aber Russland wird aufgrund seiner Ressourcen, seiner Lage und der Geschichte für die «Kennan-Erben» ein Faktor bleiben, der diese «Disparität» negativ beeinträchtigen kann. Wer Russland kontrollieren will, muss die Ukraine «im Boot haben». Ende der 1990er Jahre sagte Zbigniew Brzezinski: «Irgendwann zwischen 2005 und 2010 sollte die Ukraine für ernsthafte Verhandlungen sowohl mit der EU als auch mit

der NATO bereit sein, insbesondere wenn das Land in der Zwischenzeit bedeutende Fortschritte bei seinen innenpolitischen Reformen vorzuweisen und sich deutlicher als ein mitteleuropäischer Staat ausgewiesen hat.»³ Er warb für die Ausweitung der EU, die «automatisch unter dem Schutz der NATO gestellt» sei.⁴ Dabei kümmerte ihn kein 2+4-Vertrag zur deutschen Einigung, der festschrieb, die Sicherheitsinteressen aller Partner zu wahren.

Die soziale Situation in der Ukraine

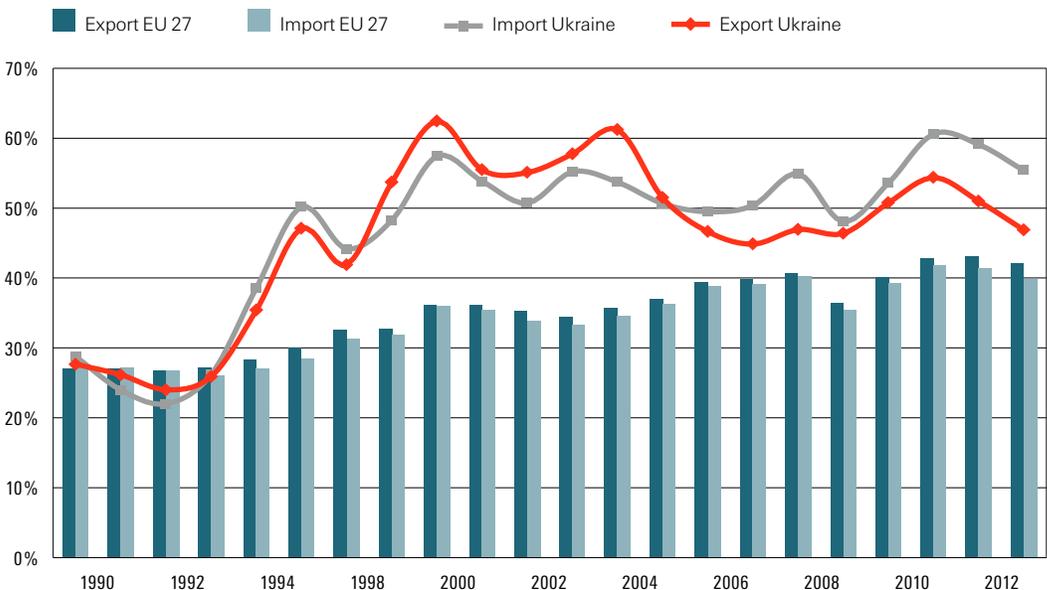
Bereits vor der Herauslösung der Krim aus der Ukraine betrug die relative Armutsrate im Land 23,4 Prozent. Akut von sozialer Ausgrenzung betroffen waren 37,7 Prozent der Haushalte. Das sind insbesondere Haushalte mit mehreren Kindern sowie mit Familienangehörigen, die das Berufsleben beendet haben.⁵ Die offizielle Arbeitslosigkeit bewegte sich in den letzten Jahren meist um neun Prozent, wobei die Jugendarbeitslosigkeit mit 17 Prozent deutlich höher liegt. Fast jeder dritte Erwerbslose war länger als ein Jahr ohne Lohnarbeit.⁶ Anfang 2014 sollen etwa 100.000 verwaarloste Kinder in öffentlichen Einrichtungen untergebracht worden sein. Allein in Odessa und Umgebung war von 4.000 Straßenkindern die Rede.⁷

Dennoch jubeln «Standortspezialisten»: «Die Ukraine [...] ist eines der größten und bevölkerungsreichsten europäischen Länder. Aufgrund ihrer geographischen Nähe zur EU und wegen ihrer relativ niedrigen Lohnkosten ist die Ukraine als Produktionsstandort für österreichische und westeuropäische Firmen äußerst attraktiv.»⁸ So wird die besondere Flexibilität und Mobilität der ukrainischen Ar-

beitskräfte hervorgehoben. Deren anteilige Beschäftigung nach wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen gestaltete sich Ende 2013 so, dass fast ein Viertel der Beschäftigten im Groß- und Einzelhandel sowie in Kfz-Werkstätten tätig war (22,3 Prozent). Die beiden anderen volkswirtschaftlich relevanten Bereiche sind die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei (17,5) und erst an dritter Stelle die Industrie (16,0). Das Transport- (6,0) und das Bauwesen (4,3) sind bereits deutlich schwächer ausgeprägt. Der Staat beschäftigt in den Bereichen Bildung (8,2), Gesundheit (6,1) sowie Verwaltung und Verteidigung (5,0) nicht übermäßig viele Menschen. Alle anderen Wirtschaftssektoren, insbesondere auch die, die für eine technisch modernisierte Gesellschaft notwendig wären (Information und Telekommunikation, wissenschaftlich-technische Leistungen), liegen bei zwei Prozent oder darunter.⁹ Der Anteil der Wirtschaftsbereiche

an der Produktion des Bruttoinlandsproduktes (BIP) spiegelt die Arbeitsproduktivität wider. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt tatsächlich von informeller Beschäftigung. Etwa die Hälfte des Wirtschaftslebens ist mit der Schattenwirtschaft verbunden.¹¹ Heutzutage berichtet die ukrainische Presse viel vom Schwarzmarkt für Währungen und Edelmetalle, zum Beispiel die Wirtschaftszeitung *Kapital*. Rechnerisch steht jede Ukrainerin und jeder Ukrainer mit 1.600 US-Dollar bei westlichen Finanzinstitutionen «in der Kreide».¹² Die Ukraine ist global Spitzenreiter in Sachen Energieintensität und der weltweit sechstgrößte Pro-Kopf-Emittent von Kohlendioxid. Jährlich werden über 80.000 Hektar Kulturland durch Erosion zerstört. Aufgrund des katastrophalen Gewässerschutzes sind vor allem Flüsse als Lebensräume hochgradig bedroht. Lagerstätten für alte Pestizide sind ein Hauptfaktor ökologischer Zerstörung.¹³ Internatio-

Export von Waren und Leistungen (% des BIP)

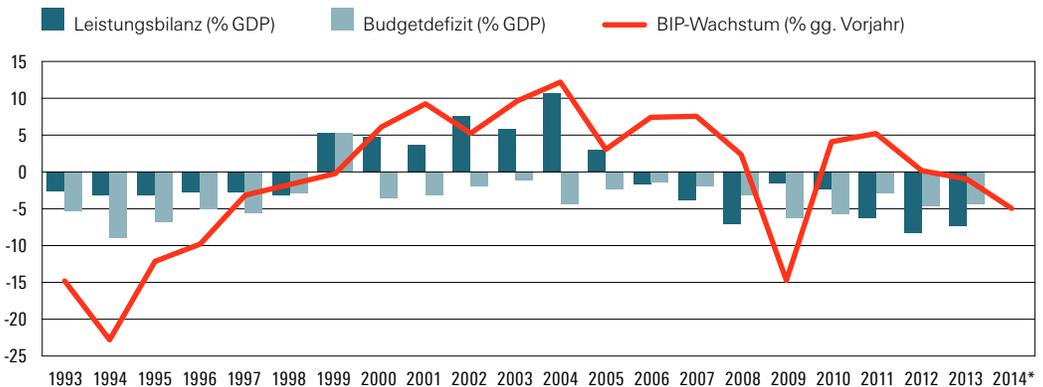


Quelle: Kravchuk, Alexander: Socioeconomic consequences of an Association Agreement between Ukraine and the European Union, unter: http://peripherization.blog.rosalux.de/files/2014/10/Eurointegration_Ukraine_Kravchuk_fin.pdf

nale Investoren interessieren sich trotzdem stark für die Bodenflächen der Ukraine, wobei ausgerechnet China die Hauptrolle spielt: Fünf Prozent des Territoriums beziehungsweise neun Prozent des Kulturlandes sind für 99 Jahre vertraglich als «außerordentliche Gebiete» an chinesische Investoren vergeben.¹⁴

nungen, was einen starken Anstieg der Mietpreise zur Folge hat. Die Zeitung benennt als Auslöser ausgerechnet Flüchtlinge aus der Ostukraine,¹⁹ wobei viele von ihnen nur davon träumen können, in Kiew eine Wohnung zu mieten. Sie sind auf Hilfe zum unmittelbaren Überleben angewiesen.

Wichtige Makroindikatoren in der Ukraine 1993–2014^{15, 16}



*2014 Prognose für Leistungsbilanz und Budgetdefizit derzeit nicht möglich, -5 Werte für 2014 als Mittelwert der aktuellen Prognosebandbreite von -3 bis -7 Prozent. Quelle: IWF, nationale Quellen, Raiffeisen RESEARCH

Werden vor diesem Hintergrund makroökonomische Daten diskutiert, können gesellschaftliche Probleme besser erfasst werden. Die Daten verdeutlichen, dass das ökonomische Potenzial der Ukraine in den 1990er Jahren um 59 Prozent (gemessen am BIP in konstanten Preisen) geschrumpft ist. Seit 2012 ist das Land in der Rezession. Das macht den Beginn einer erfolgreichen Wirtschaftsintegration mit der EU nicht gerade leichter.

Dabei geht es kleinen Teilen der städtischen Bevölkerung nicht schlecht. Das Einkommen der reichsten zehn Prozent übersteigt das der ärmsten zehn Prozent um das 30- bis 50-fache.¹⁷ Allerdings beklagt die Zeitung *Kyivpost* inzwischen das schwindende Interesse am Kauf von Eigentumswohnungen bei den Eliten.¹⁸ Gleichzeitig berichtet das Blatt von einer gestiegenen Nachfrage nach Mietwoh-

Die Wirtschafts- und politischen Krisen wurden von den Herrschenden mit Maßnahmen beantwortet, die die Lebensbedingungen dramatisch verschlechtert haben. Von Juli 2013 bis Juli 2014 sind die Verbraucherpreise auf 112 Prozent und die Nominallöhne auf 102 Prozent gestiegen. Das heißt, die Reallöhne sind auf 91,1 Prozent gesunken. Oftmals werden die gefallenen Löhne nicht einmal gezahlt. Aber das festgelegte Existenzminimum ist auf dem Niveau vom Dezember 2013 eingefroren. Am 22. Oktober dieses Jahres berichtete *Argumenty i Fakty* von Lohnschulden in Höhe von 1,4 Milliarden Hrywnia. Von Dezember 2013 bis September 2014 fiel die Kaufkraft der Bevölkerung um 40 Prozent. Dagegen wuchsen die Wohnkosten um 40 Prozent. Die Preise für Brot und Makaroni wurden um 18 Prozent, die für Fleisch und Fisch

um etwa ein Viertel und die für Obst um über 60 Prozent erhöht. Die Elektroenergie hat sich bis zu 40 Prozent verteuert, Gas um 56 Prozent und Wasser um 50 bis 100 Prozent.²⁰

Wirtschaftsgeschichte der Ukraine

Innerhalb der Sowjetunion war die ukrainische Republik nach Russland der wichtigste Wirtschaftsfaktor. Die Ukraine produzierte damals rund viermal so viel wie die wirtschaftlich drittstärkste Sowjetrepublik. Mehr als ein Viertel der sowjetischen Agrarproduktion stammte von den fruchtbaren Schwarzerdeböden der Ukraine. Die landwirtschaftlichen Betriebe lieferten erhebliche Mengen an Fleisch, Milch, Getreide und Gemüse an andere Republiken. Die diversifizierte Schwerindustrie der ukrainischen Republik versorgte die UdSSR zum Beispiel mit Rohren großen Durchmessers, mit Bohrausrüstungen und mit Industrierohstoffen.

Kurz nach Erlangung der Unabhängigkeit im August 1991 liberalisierte die erste ukrainische Regierung die meisten Preise und schuf einen Rechtsrahmen für Privatisierungen. Dennoch versandeten die Reformprozesse wegen unterschiedlicher Interessenkonflikte innerhalb der Regierung. Der Produktionsausstoß des Landes fiel bis 1999 auf weniger als 40 Prozent des Niveaus von 1991. Zudem besteht aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland, insbesondere bei der Energieversorgung, eine hohe Anfälligkeit für externe Schocks. Das Land ist bisher zu etwa drei Viertel seines jährlichen Öl- und Erdgasbedarfs und zu 100 Prozent seines Bedarfs an Atombrennstoff auf Importe angewiesen.

Die Ukraine hatte sich immer regional sehr heterogen entwickelt. Die Unterschiede haben in den vergangenen 15 Jahren gravierend zugenommen. Da galten als Wachstumsregionen die östlichen Gebiete Dnipropetrowsk, Donezk, Saporoshe, Charkiw und Odessa. Die Ostukraine hat über 58 Prozent des nationalen

Exportes erbracht, die Gebiete um Kiew und Sewastopol 19, die zentralen Regionen um 15 und die Westukraine gerade einmal 7,5 Prozent. Die Diskrepanzen haben sich auch in den Löhnen und Einkommen niedergeschlagen. Im Nordwesten, im Süden und in den südlichen Zentralgebieten war die Armut am stärksten ausgeprägt.²¹

Ausländische beziehungsweise internationale Institutionen – vor allem der IWF – fordern immer wieder, das Tempo und den Umfang der «Reformen» zu beschleunigen, um das Wirtschaftswachstum zu steigern. So hat die Regierung unter Präsident Viktor Juschtschenko bereits im März 2005 Steuer- und Zollprivilegien abgeschafft, den Wettbewerb gestärkt und der Schattenwirtschaft den Kampf angesagt. Allerdings blieb insbesondere der letzte Punkt eine Ansage. Es fehlte an Konsequenz bei der Korruptionsbekämpfung. Auch die Vervollkommnung des rechtlichen Rahmens und die Entwicklung von Kapitalmärkten kamen nur schleppend voran. Zwar ließen sich im Jahr 2008 kurzfristig Fortschritte in der volkswirtschaftlichen Entwicklung feststellen, allerdings sank die Wirtschaftsleistung im folgenden Jahr um fast 15 Prozent. Das Land wurde besonders drastisch von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise erfasst.

Nach einem zweiwöchigen Streit, der auch die Gaslieferungen nach Europa bedrohte, stimmte die ukrainische Regierung im Januar 2009 einer Zehn-Jahres-Vereinbarung mit Russland über Gasimporte und Transitverträge zu. Die Vertragsbedingungen belasteten die bereits gebeutelten Staatsfinanzen und die Firma Naftogas (staatlicher Energiekonzern der Ukraine) weiter. Daher bat die Regierung Janukowitsch im April 2010 um einen Preisnachlass für russische Gasimporte und bot im Gegenzug die Verlängerung der russischen Marinebasis auf der Krim an. Gleichzeitig kam es zu neuen Aktivitäten in Sachen Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union. Brüssel wollte im Rahmen einer ver-

änderten Außen- und Sicherheitspolitik auch weitere wirtschaftliche Veränderungen und Finanzreformen sowie einen bevorzugten Zugang zu den EU-Märkten bewirken.

Im November 2013 entschied sich die Regierung von Präsident Janukowitsch jedoch gegen die Unterzeichnung des Abkommens. Als Antwort darauf konnte er am 17. Dezember 2013 mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin ein Finanzhilfepaket, das Darlehen von bis zu 15 Milliarden US-Dollar und günstigere Gaspreise vorsah, unterzeichnen. Der Sturz der Regierung im Februar 2014 veranlasste Russland allerdings, die Umsetzung des Vertrags zu stoppen. Mit der Bildung einer ukrainischen Übergangsregierung begann stattdessen «der Westen», neue Finanzmittel in die Wirtschaft des Landes zu pumpen. Dazu gehörte etwa ein am 27. März 2014 vertraglich geregeltes IWF-Paket in Höhe von 14 bis 18 Milliarden US-Dollar.²²

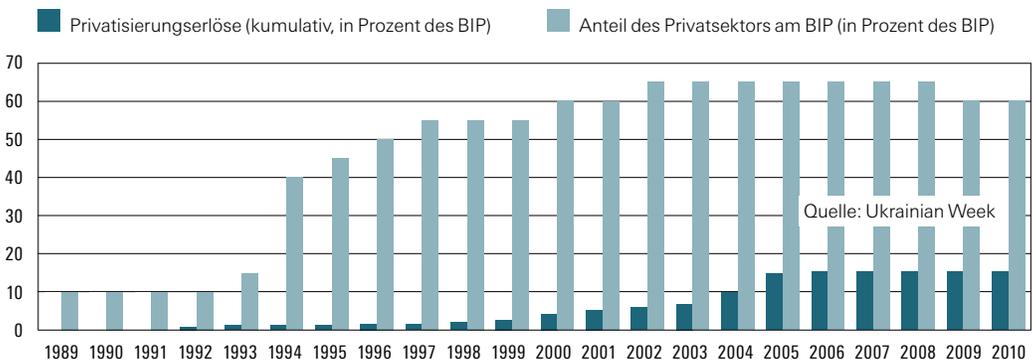
Debatte um wirtschaftliche Perspektiven

Auch in der Wirtschaftswissenschaft bestehen zwei Perspektiven – eine auf EU-Bindung fixierte und eine, die an historische Kontexte anknüpft. Pasquale Tridico und Iryna Zhak erklären die aktuelle Situation wesentlich aus den wilden Privatisierungen und der da-

mit einhergehenden Tendenz, oligarchische Strukturen zu bilden. Dabei haben sie durchaus einen Blick für die sozialen Folgen. Seit ihrer Unabhängigkeit hat die Ukraine sieben Millionen Menschen verloren. Über lange Jahre fiel die durchschnittliche Lebenserwartung, um sich im Jahr 2013 ungefähr auf dem Stand von 1970 einzupegeln.

Sie kritisieren die Art und Weise der Privatisierung, die nicht konsequent auf eine EU-Mitgliedschaft ausgerichtet gewesen sei. Weil kein starker privater Sektor entstanden sei, seien die Wachstumsraten hinter denen der neuen EU-Mitgliedsländer zurückgeblieben. So entfällt die ukrainische BIP-Produktion heute zu 60 Prozent auf den privaten Sektor, während der EU-Durchschnitt bei 75 Prozent und der der neuen EU-Mitgliedsländer bei 70 Prozent liegt. Während in Polen in den 1990er Jahren die Einkünfte aus der Privatisierung etwa 30 bis 50 Prozent des BIP ausmachten, blieben sie in der Ukraine deutlich geringer. Laut Tridico und Zhak wurden hier die Strukturen der Planwirtschaft nicht demontiert, weshalb die Konzentration des Reichtums Rekordergebnisse erreicht habe und das Land unter russischem Einfluss Russlands geblieben sei.²³ Die Statistiken von Tridico und Zhak sind zweifellos wegen ihres Faktenreichtums interessant.

Anteil und Einkünfte aus Privatisierungen in der Ukraine²⁴



Tridico und Zhak orientieren ihre ukrainischen Leserinnen und Leser stark auf das Ende einer Abhängigkeit von Russland.²⁵ Sie werben dabei mit polnischen Erfahrungen: Im Jahr 1989 hatte die Sowjetunion 33 Prozent des polnischen Exportes abgenommen und mit einem Anteil von 28 Prozent den Import bestimmt. Heute gehen 38 Prozent des polnischen Exports nach Deutschland, und der deutsche Anteil am polnischen Import macht 27 Prozent aus. Bereits 2007, also nur wenige Jahre nach dem EU-Beitritt, hatte

Russland gerade einmal 5 Prozent Anteil am polnischen Import und 2,6 am polnischen Export.²⁶

Im Unterschied zu dieser EU-Perspektive rät der norwegische Ökonom Erik S. Reinert²⁷ der Ukraine, eine Integrationspolitik mit Russland zu betreiben. Wenn sie das politisch nicht wolle, solle sie in den Verhandlungen mit der EU darauf drängen, dass ihr Bedingungen eingeräumt werden, die denen nahekomen, die in den 1980er Jahren Spanien gewährt wurden: eine langsame sachte Integration, die einer weiteren Deindustrialisierung entgegenwirkt. Ferner empfiehlt er der Ukraine eine Entwicklungsbank nach brasilianischem Modell, um zu günstigen Bedingungen Wirtschaftskredite zu ermöglichen. Reinert warnt vor dem Verweis auf die angeblichen Erfolgsstories mittel- und osteuropäischer EU-Mitglieder und stellt die Unterschiede zur Ukraine heraus.²⁸ «Sie können sagen, dass die Ukraine so etwas wie (West-)Berlin während des Kalten Krieges ist [...], dass es für Russland eine viel einfachere Aufgabe wäre, würde die EU zulassen, dass die Ukraine arm und deindustrialisiert würde. Die EU sollte die erfolgreiche Eindämmungsstrategie gegen das Sowjetreich in den 1950er Jahren kopieren. Der beste Weg für die Ukraine sei, solche Industrien aufzubauen, die ähn-

lich den russischen sind. Dann würden sich die Menschen mehr mit dem Westen identifizieren, anstelle hierher zu emigrieren, und sie würden zu Hause bleiben, weil sie da Jobs haben. [...] Sie sollten fähig sein, die Deutschen davon zu überzeugen, dass sie in einer Situation ähnlich der Deutschlands vor dem Morgenthau-Plan sind.»²⁹

Ausländische beziehungsweise internationale Institutionen - vor allem der IWF - fordern immer wieder, das Tempo und den Umfang der «Reformen» zu beschleunigen, um das Wirtschaftswachstum zu steigern.

Der Bezug zum Kalten Krieg ist nicht weit hergeholt, wie die Geschichte des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine beweist: Die Europäische Union hatte 2009 mehreren Nachfolgestaaten ehemaliger Sowjetrepubliken erstmals oder erneut Assoziationsabkommen angeboten: der Ukraine, Weißrussland, Moldawien, Armenien, Georgien und Aserbaidschan. Russland musste sich verstärkt bedroht sehen, denn bis auf Weißrussland sind diese Staaten Mitglieder von GUAM, der Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung. Die GUAM ist gegen den «russischen Einfluss» gerichtet und fungiert als Stütze sowohl der Nato als auch der EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Russland hatte darauf mit einer neuen Initiative für eine Zollunion ehemaliger Sowjetrepubliken geantwortet. Zeitweise wollte Janukowitsch sowohl das Assoziierungsabkommen als auch die Mitgliedschaft in der Zollunion. Dann hätten EU-Waren über die Ukraine einen ungehinderten Zugang nach Russland erhalten. Als die Argumente gegen das Freihandelsabkommen keine politische Korrektur bewirkten, wurden in Russland verschiedene Waren auf die Importbeschränkungsliste gesetzt, zum Beispiel Petro Poroschenkos Schokolade. Viktor Janukowitsch

gab nicht einfach Russland nach, denn mit dem Assoziierungsabkommen sollte die Ukraine auch die Verpflichtung übernehmen, Ausfälle beim Gastransit automatisch zu kompensieren und Garantievorleistungen zu erbringen.³⁰ Darauf konnte man sich nicht einlassen, und auf dem Maidan interessierte das nicht.

Auch Alexander Kravchuk teilt die von Reinert ausgesprochene ökonomische Perspektive. Wenn man unter den gegenwärtigen Konstellationen, bei schwacher wirtschaftlicher Entwicklung beziehungsweise anhaltender Rezession, bei hohen Schulden und Bilanzdefiziten den Freihandel einführt, wird das Land wirtschaftlich nichts gewinnen. Von der neuen Zollbefreiung profitieren die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Landwirtschaft. Aber in den anderen Zweigen verliert man. Die Ukraine verliert endgültig den größten Handelspartner Russland, was empfindliche Auswirkungen auf die industrielle Struktur hätte. Dass das «Abnabeln von Russland» der Ukraine Menschenleben und Arbeitsplätze kostet, wissen auch Tridico und Zhak. Sie empfehlen daher den Ausbau von «Sozialinstitutionen».³¹ Das allerdings ist schwer umzusetzen, wenn die Bedingungen für die IWF-Finanzhilfen Haushaltskonsolidierung und Austerität heißen. Die vom IWF geforderten Reformen im Energiewesen sollen nicht zuletzt die Produktion von Atomenergie und die Gewinnung von Schiefergas befördern. Sie werden genauso wenig wie die verlangten Reformen im Finanz-

bereich helfen, den Bürgerkrieg und den un-erklärten Krieg Russlands zu beenden, die für die Ukraine einen hohen Blutverlust und etwa 20 Prozent Einbußen beim BIP bedeuten.

1 Mittlerweile beträgt der Anteil an der Weltbevölkerung 4,5 Prozent. Auf die USA entfallen etwa 30 Prozent des globalen Rohölverbrauchs. Obwohl das Land der drittgrößte Produzent von Rohöl ist, gehen 60 Prozent seines Verbrauchs auf Importe zurück. **2** Kennan, zit. nach: Bhagwat, Vishnu: The Weaponization of Space: Corporate Driven Military Unleashes Pre-emptive Wars, Oktober 2010, unter: www.globalresearch.ca/the-weaponization-of-space-corporate-driven-military-unleashes-pre-emptive-wars/21432. **3** Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main 2001, S. 127. **4** Ebd. **5** Vgl. www.ua.undp.org/content/ukraine/en/home/countryinfo/. **6** Vgl. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Land/Europa/Ukraine.html. **7** Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Street_children_in_Eastern_Europe#Ukraine. **8** Vgl. www.estandort.com/ukraine-ein-phenomen-sind-die-nach-wie-vor-relativ-niedrigen-lohne/. **9** Eigene Berechnungen nach www.ukrstat.org. **10** Vgl. http://peripherization.blog.rosalux.de/files/2014/10/Eurointegration_Ukraine_Kravchuk_fin.pdf. **11** Vgl. www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_00000005219/Dissertation_Nevska.pdf?hosts. **12** Argumenty i fakty v Ukrainie 42/2014. **13** Vgl. www.ua.undp.org/content/ukraine/en/home/countryinfo/. **14** Vgl. <http://peripherization.blog.rosalux.de/2014/04/15/tina-schivatcheva-the-great-leap-westward-china-and-the-land-grabs-in-ukraine-and-bulgaria/>. **15** Vgl. www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/180646/statistik-wirtschaftsindikatoren. **16** Vgl. http://peripherization.blog.rosalux.de/files/2014/10/Eurointegration_Ukraine_Kravchuk_fin.pdf. **17** Vgl. http://gazeta.zn.ua/SOCIETY/suschestvuet_li_v_ukraine_sotsialnoe_neravenstvo.html. **18** Ostryzniuk, Evan: Buyer's market comes to elite end of housing, 17.10.2014, unter: www.kyivpost.com. **19** Gordiienko, Olena: Donbas refugees push up rent prices in Kyiv amid market stagnation, 17.10.2014, unter: www.kyivpost.com. **20** Vgl. www.aif.ua/politic/ukraine/1365847. **21** Vgl. sputnikipogrom.com/russia/ua/8659/everything-is-annihilated/#.VG5gjMnOVfB. **22** Vgl. www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/up.html. **23** Tridico, Pasquale/Zhak, Iryna: A Plea for Change. Transition from oligarch economy to EU membership for Ukraine, in: The Ukrainian Week 13(79), S. 30–33. **24** Vgl. <http://ukrainianweek.com/Economics/121048>. **25** Tridico/Zhak: A Plea for Change, S. 33. **26** Ebd., S. 30. **27** Autor des Buches «Wie reiche Länder reich werden und warum arme Länder arm bleiben». **28** Reinert, Erik: Convince the EU that Ukraine now is like Berlin in the Cold War era. Interview von Olha Vorozhbyt, in: The Ukrainian Week 40(80) 2014, S. 40 (Übers. d. A.). **29** Ebd., S. 41. **30** Paulitz, Henrik: Energiepolitische Hintergründe der Krise in der Ukraine, in: IPPNW-Informationen, 19.3.2014, S. 2. **31** Tridico/Zhak: A Plea for Change, S. 33.

Lutz Brangsch

ZWISCHEN DEN GROSSMÄCHTEN ZERRIEBEN, VON INNEN ZERRISSEN

DIE JAHRE 2013 UND 2014 IN DER UKRAINE

Ihre Geschichte, ihre geopolitische Lage und ihre inneren Widersprüche führten die Ukraine 2013 in eine Situation, in der ein Manövrieren zwischen den Machtblöcken USA und Europäische Union auf der einen sowie Russland auf der anderen Seite nicht mehr möglich war. Schon die «Orange Revolution» 2004 spiegelte die Begrenztheit eines politischen Systems wider, das sich stark durch die Anlehnung an «den Westen» oder an Russland legitimiert, ohne im Inneren ein eigenes relatives Gleichgewicht der verschiedenen sozialen Gruppen erreicht zu haben. Dabei ist beispielsweise das politische System «des Westens» als Resultat der Kämpfe zwischen einer starken traditionellen Arbeiterbewegung und einer gut organisierten Kapitaleseite nicht umstandslos auf andere Gesellschaften zu übertragen, auch nicht auf die ukrainische.

Das Fehlen dieser inneren Bedingungen und Kräfte bestimmte die Entwicklung der letzten 24 Monate in der Ukraine. Diese innere Schwäche des politischen Systems macht verständlich, warum die Auseinandersetzung um die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU ein zentraler Kristallisationspunkt für praktisch alle Widersprüche der ukrainischen Gesellschaft werden konnte.

Das Parlament konnte dabei keine konstruktive Rolle spielen, da nach übereinstimmenden Analysen alle Parteien eng mit verschiedenen Oligarchen verbunden waren und sich Regierungsfractionen und Oppositionen im Parlament als Reflex der Konkurrenz der Oligarchen gegenseitig blockierten. Die Parteien selbst waren Teil des Problems, nicht seiner Lösung. Das Assoziierungsabkommen verschärfte die angespannte Lage in zweifacher Hinsicht: Mit

den Forderungen nach Angleichung an «europäische Standards» versprach es, wesentliche Probleme des politischen Systems des Landes, vor allem Korruption, Behördenwillkür und soziale Ungerechtigkeit, anzugehen. Aber wie in den osteuropäischen Beitrittsstaaten auch sollten politische Institutionen installiert werden, ohne dass die dafür im «Westen» dereinst konstituierenden Bedingungen existieren, mehr noch: bei gleichzeitiger Schwächung der Gewerkschaftsbewegungen und einer Tendenz zur stärkeren Prekarisierung, etwa durch die Verpflichtung auf weitere wirtschaftliche Liberalisierung. Zudem handelte es sich bei dem Assoziierungsabkommen gleichzeitig um eine Vereinnahmungs- und Polarisierungsstrategie, indem es ausgewogene Beziehungen zu Russland unmöglich macht.

Wir sind vor diesem Hintergrund mit mindestens vier Ebenen konfrontiert, die alle mit der Assoziierungspolitik verknüpft sind und die sich im Verlauf der Ereignisse überlagerten: mit der Demokratisierung in Form der Implementierung von Institutionen nach EU-Muster, mit den Widersprüchen in der Oligarchie und im Staatsapparat, vor allem hinsichtlich der Gestaltung des Verhältnisses zu Russland. Im Umfeld des 9. Mai 2013, dem Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über Nazi-Deutschland, eskalierten die Auseinandersetzungen um die Deutung der Geschichte der Ukraine. Auf der einen Seite wurde der Sieg als gemeinsamer Sieg der Völker der Sowjetunion verteidigt, auf der anderen Seite als Befestigung russischer Vorherrschaft denunziert. Die aufbrandende nationalistische Welle fand im November in den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Gründung des bewaffneten

Arms der ukrainischen Nationalisten (die Organisation war bis in die 1950er Jahre aktiv) ihren Höhepunkt. An einem «Marsch der Ehre» genannten Ereignis nahmen am 14. Oktober 2013 in Kiew 25.000 Menschen teil. Dazu gehört schließlich auch die starke Präsenz von Nationalisten und Neonazis in den Maidan-Protesten. Die nationalistische Komponente verdeckte die innerukrainischen Wurzeln der Probleme und baute einen äußeren Feind auf: Russland.

Das liegt im Interesse großer Teile der Eliten der Ukraine und des «Westens», aber letztlich auch – obwohl das zunächst absurd klingt – der russischen Eliten. Denn angesichts der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme in Russland selbst ist eine außenpolitische Konfrontation eine Möglichkeit der Legitimierung der gegebenen Machtstrukturen. Auch in Russland

verbergen sich die sozialen Probleme hinter nationalen Fragen und Frontstellungen. Sowohl «der Westen» als auch Russland lassen die alten Feindbilder wieder aufleben und beschwören die Stärke des Gegners, um ihr politisches und militärisches Handeln vor der eigenen Bevölkerung zu legitimieren.

Im ersten Halbjahr 2013 gab es verschiedene Versuche der ukrainischen Regierung, durch Zugeständnisse sowohl an die EU als auch an Russland handlungsfähig zu bleiben. In einer Rede zum Unabhängigkeitstag, am 24. August 2013, erklärte der damalige Präsident Viktor Janukowitsch, er strebe eine Assoziierung mit der EU, aber ebenfalls eine enge Zusammenarbeit mit Russland an, auch in Gestalt einer Zollunion. Noch im Juni hatte er – nach seiner Teilnahme an einer Tagung des Eurasischen Wirtschaftsrates – einen Vorschlag der Kommunistischen Partei abge-

lehnt, ein Referendum zur Frage einer Zollunion durchzuführen und die Vorbereitung eines solchen untersagt.

Der russische Ministerpräsident wies Janukowitsch darauf hin, dass eine gleichzeitige Assoziierung mit der EU und eine Teilnahme an einer Zollunion mit Russland nicht ohne Weiteres möglich seien. Gleiches erklärte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am 21. Dezember 2013. In der Zwischenzeit hatte die ukrainische Regierung einige Bedingungen der EU erfüllt, um den Assoziierungsprozess voranzubringen: So hatte man bis zum 21. November 2013 ein Antikorruptionsgesetz angenommen, eine Wahlrechts- und eine Jus-

tizreform beschlossen und Neuwahlen in fünf umstrittenen Wahlkreisen durchgeführt.

Auch auf militärischer Ebene tat sich etwas. Mitte Juni 2013 hatte der ukrainische Präsident mit einem Erlass

die Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit der Nato erneuert, dabei aber auch die Blockfreiheit des Landes herausgestellt. Am 5. Juli 2013 wurde ein Kooperationsprogramm mit der Nato verabschiedet, und am 25. September dieses Jahres sprachen Janukowitsch und der Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen unter anderem über eine Reform der ukrainischen Armee.

Ebenfalls parallel versuchten sowohl die EU als auch Russland, die Ukraine mit Geld auf ihre Seite zu ziehen: In den folgenden Monaten machten beide abwechselnd Angebote für Finanzhilfen, für den Aufkauf von ukrainischen Staatsanleihen und für Preisnachlässe bei Gaslieferungen (bzw. dann wieder Preiserhöhungen). Die Schulden der Ukraine für Gaslieferungen aus Russland beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf mehrere Milliarden US-Dollar.

Im ersten Halbjahr 2013 gab es verschiedene Versuche der ukrainischen Regierung, durch Zugeständnisse sowohl an die EU als auch an Russland handlungsfähig zu bleiben.

Der verstärkte Druck, sich für eine Seite entscheiden zu müssen, führte zu einer ersten relevanten Eskalation: Am 13. August 2013 begann ein Zollkrieg zwischen der Ukraine und Russland. Russland erhob Zölle auf ukrainische Waren, da es befürchtete, durch die Zollunion mit der EU könnten Waren von dort zollfrei auf den russischen Markt kommen. Die Ukraine antwortete mit Zöllen auf russische Waren und veröffentlichte am 16. August 2013 einen Boykottaufruf gegen russische Waren. Ökonomisch schien diese Auseinandersetzung ins Leere zu laufen – zu stark waren die wirtschaftlichen Verflechtungen –, doch der politische Effekt der Polarisierung war nicht zu unterschätzen.

Alles schien im Sinne der EU zu laufen – bis zum besagten 21. November 2013. An diesem Tag ließ Viktor Janukowitsch die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens überraschend einstellen, aber sprach kurz darauf, am 29. November, davon, dass die Europäische Integration ein strategisches Ziel bleibe.

EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle ließ am 25. November 2013 verlauten, dass es keine trilateralen Gespräche zur Lösung der Probleme geben werde. Damit war die Stoßrichtung der EU klar: Es ging nicht um die Ukraine, sondern um Russland. Die Ukraine war lediglich Mittel zum Zweck. Vor diesem Hintergrund sind die Bewertungen «des Westens» der verschiedenen politischen Kräfte in der Ukraine, einschließlich der Tolerierung der Aktivitäten nationalistischer und rechts-extremistischer Organisationen, zu verstehen. Faktisch hat Füle mit seiner Äußerung den bisherigen Kurs aller ukrainischen Regierungen – nicht nur des Präsidenten Janukowitsch – eine Abfuhr erteilt. Es sollte sich in den nächsten Monaten zeigen, dass damit eine strategische Weichenstellung erfolgt war. Vor diesem Hintergrund ist auch das massive Auftreten westlicher Politiker auf dem Maidan zu sehen.

Die Demonstrationen auf dem Kiewer Maidan ab dem 22. November 2013 speisten sich aus zwei Quellen: der Sehnsucht der Ukrainer nach «geordneten Verhältnissen» und dem Interesse «des Westens» an der Schwächung der Positionen Russlands. Diese Verquickung war es, die eine verhängnisvolle Spirale der Gewalt in Gang setzte. Der Maidan-Aufstand richtete sich zwar auch gegen Korruption und Willkür im Staatsapparat, aber nicht gegen die Strukturen, die diese hervorgebracht haben (übrigens gilt dies auch mindestens teilweise für den Aufstand in der Südostukraine ab Frühjahr 2014). Soziale Gegensätze wurden als Gegensatz zu Russland beziehungsweise als notwendige Bestätigung nationaler Identität gedeutet oder umgedeutet.

Am 16. Januar 2014 – noch tags zuvor hatte er gefordert, das Investitionsklima zu verbessern – besiegelte Viktor Janukowitsch seinen eigenen Untergang. Das geschah aus innenpolitischen Gründen. Mit der Annahme von Gesetzen zur Verschärfung der Repression gegen Oppositionelle entzog er jedweder Form des politischen Dialogs in der Ukraine die Grundlage. Die Auseinandersetzungen flammten daraufhin nur umso stärker auf. Die Oligarchen schufen sich am 22. Januar unter Zustimmung verschiedener Strömungen in der Gesellschaft mit dem «Volksparlament» ihre eigene politische Struktur: eine «revolutionäre Regierung» unter Führung der Parteichefs der Opposition, die in verschiedenen Städten und Regionen als Regierung anerkannt wurde.

Am 21. Februar 2014 beschloss das Parlament die Rückkehr zur Verfassung von 2004, die dem Präsidenten eine bedeutend schwächere Stellung im politischen System zuweist. Einen Tag später setzte das Parlament den bisherigen Präsidenten Viktor Janukowitsch ab, der tags darauf nach Russland floh.

Diese Etappe der Auseinandersetzungen endete aus westlicher Sicht günstig: Die bereits von Janukowitsch zugesicherte Verbesserung

der Investitionsbedingungen (dazu gehört auch der Kampf gegen Korruption) wurde anschließend durch einen erneuten Elitenwechsel legitimiert, und gleichzeitig waren die antirussischen Positionen gestärkt. Auch aus Sicht der Bürgerrechtler konnte die bisherige Entwicklung positiv gedeutet werden: In der Ukraine schien sich mit der einsetzenden Überprüfung der Staatsangestellten («Lustration») und den anberaumten Neuwahlen ein Fenster für demokratischere Verhältnisse zu öffnen. Aber auch die nationalistischen Kreise sahen sich in ihrem Selbstbild bestätigt. Aus ihrem Umfeld formte sich ein neuer Machtfaktor, die paramilitärischen Gruppierungen, die im folgenden Bürgerkrieg eine wichtige Rolle spielen sollten.

In der folgenden Etappe rückten die Auseinandersetzung mit Russland als «äußerem Feind» und die Ethnisierung der Konflikte in den Mittelpunkt. Das Vorspiel dafür lieferte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, die am 10. Februar 2014 indirekt einen Beitritt der Ukraine zur EU ins Spiel brachte. Fünf Tage später schloss Kommissionspräsident José Manuel Barroso eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine nicht aus, sagte aber, man wolle jetzt nicht darüber sprechen. Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt eine Mitgliedschaft der Ukraine nach den Beitrittskriterien unmöglich. Aber darum ging es auch nicht. Mit diesen Äußerungen wurde die Politik der Polarisierung gegen Russland fortgesetzt und eine Interpretationslinie für die Konflikte der folgenden Monate geschaffen. Dies rechtfertigt das Verhalten Russlands in diesem Konflikt nicht, erklärt es aber. Noch bevor die Situation in der Südostukraine eskalierte, spitzte sie sich auf der Krim zu. Schon im Sommer 2013 hatte die Partei der Freiheit (Swoboda) ein Referendum zur Abschaffung des Autonomiestatus der Krim vorgeschlagen. Dies spielte zwar in den Folgemonaten keine Rolle, war aber schon ein Indikator für die Entwicklungen im darauffolgenden Frühjahr.

Zu den ersten Beschlüssen des nationalen Parlaments in Kiew nach dem Sturz Janukowitschs zählte die Rücknahme des Sprachengesetzes von 2012. Es sah vor, dass in Regionen, in denen mindestens zehn Prozent der Bevölkerung eine andere als die ukrainische Sprache sprechen, diese offiziell verwendet werden dürfe. Der Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow versicherte zwar wenige Tage später, er werde diesen Beschluss nicht in Kraft setzen, doch die Botschaft wurde auf der Krim, in Russland und unter der Russisch sprechenden Bevölkerung allgemein als Provokation aufgefasst. Dies verstärkte die ohnehin vorhandenen Spannungen auf der Krim, wo unter der Bevölkerung russischer Nationalität separatistische Neigungen zunahmen und es zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der Maidan-Bewegung kam.

Am 20. Februar 2014 sprach der Parlamentssprecher der Krim, zu diesem Zeitpunkt noch Autonome Republik in der Ukraine, von einer Abspaltung. Am 1. März bat der Ministerpräsident der Krim um ein militärisches Eingreifen Russlands, nachdem in den vorangegangenen Tagen offensichtlich bereits russisches Militär, wenn auch als solches nicht erkennbar, außerhalb der eigenen Stützpunkte aktiv gewesen war, um die öffentliche Ordnung im Sinne der Regierung der Autonomen Republik aufrechtzuerhalten. Im russischen Parlament rief man Putin auf, die russische Bevölkerung der Krim zu schützen.

Der Rechte Sektor nutzte seinerseits die Gelegenheit, um eigene bewaffnete Kräfte zu mobilisieren, und der amtierende ukrainische Präsident ordnete die Generalmobilmachung an. Am 6. März beschloss die Regierung der Krim den Anschluss an Russland, der am 16. März durch ein umstrittenes Referendum bestätigt wurde.

Einen Tag später wurden Ihor Kolomojskij und Serhij Taruta durch einen Erlass des Präsidenten aus Kiew zu Gouverneuren von Dnipropetrowsk ernannt.

trowsk und Donezk ernannt – beides Unternehmer, der erste auf Platz 4, der zweite auf Platz 17 der Forbes-Liste der reichsten Ukrainer und mit den bisherigen Systemen aufs Engste verbunden. Es kam zu Protesten, und in Donezk wurde das Gebäude der Regionalregierung besetzt. Die Proteste bezeichneten Medien und Politiker sofort als «prorussisch», umso mehr nach dem 9. März, als in Lugansk bei Protesten und dem anschließenden Sturm auf das Gebäude der Regionalverwaltung die russische Hymne gesungen wurde. Tatsächlich unterschieden sich die Forderungen inhaltlich kaum von denen des Maidan – nur dass die ukrainisch-nationalistische Komponente fehlte.

Hinter den Auseinandersetzungen stehen die sozialen Probleme, die in dieser Region augenfällig sind. Dass die Regierung in Kiew nicht willens und wahrscheinlich auch nicht fähig ist, diese anzugehen, demonstrierte sie in einer Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), in der sie am 22. März unter anderem eine großzügige Rekapitalisierung der Banken und zugleich das Einfrieren des Mindestlohns und der Renten anordnete. Kurz danach fasste das Parlament einen entsprechenden Beschluss. Die anti-russischen Tendenzen der Zentralregierung verstärkten die Unzufriedenheit nur noch. Am 7. April 2014 wurde schließlich die Volksrepublik Donezk ausgerufen. Eine knappe Woche später, am 13. April, begann die bis heute anhaltende «Anti-Terror-Operation», die Anfang Juni durch die Änderung des Gesetzes zur

Terrorbekämpfung verschärft wurde und sich von da an endgültig zu einem Bürgerkrieg ausweitete.

Stimmen der Mäßigung sind kaum zu hören. Auf einem Treffen linker Organisationen aus verschiedenen Ländern der Region in Minsk am 7. und 8. April 2014 verabschiedeten die Anwesenden zwar einen Aufruf zum Frieden, der aber von anderen linken Gruppen scharf kritisiert wurde, weil er es vermied, die Rolle Russlands auf der Krim zu verurteilen. Es wurde von Protesten von Müttern gegen Einberufungen ihrer Söhne zum Wehrdienst im Südosten berichtet, ihr Umfang war und ist jedoch schwer zu bestimmen.

Am 17. April 2014 trafen sich in Genf Vertreter der Ukraine, Russlands, der EU und der USA, um die Situation in der Südostukraine zu besprechen. Vertreter der Bevölkerung der Region waren nicht dabei. Nüchtern betrachtet, wurde Russland bei dieser Gelegenheit sogar dazu aufgefordert, sich in der Region einzumischen, Druck auf die Bevölkerung auszuüben und eine Entwaffnung der Aufständischen durchzusetzen. Auch wenn russische Staatsbürger an den Auseinandersetzungen beteiligt gewesen sein mögen, war zu diesem Zeitpunkt kaum von einer direkten Steuerung des Bürgerkrieges durch Russland auszugehen.

Aber, so übereinstimmende Umfrageergebnisse und Erlebnisberichte, bis in den Mai und Juni 2014 hinein – also selbst noch nach Beginn der «Anti-Terror-Operation» – betrachtete sich eine Mehrheit der Bevölkerung dort als Ukrainer, sei es auch Ukrainer russischer Na-

Hinter den Auseinandersetzungen stehen die sozialen Probleme, die in dieser Region augenfällig sind. Dass die Regierung in Kiew nicht willens und wahrscheinlich auch nicht fähig ist, diese anzugehen, demonstrierte sie in einer Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), in der sie am 22. März unter anderem eine großzügige Rekapitalisierung der Banken und zugleich das Einfrieren des Mindestlohns und der Renten anordnete.

tionalität. Auf dem Treffen wurde von den Beteiligten die Lesart für die gesamte Folgezeit fixiert: Gesprächspartner könnten zwar Vertreter aus dem Osten sein, aber keine «Terroristen». Alle Gesprächsangebote der folgenden Wochen standen unter dem Vorbehalt «keine Terroristen». Offen bleibt, wer tatsächlich Gesprächspartner sein darf – offensichtlich bestenfalls Vertreter der alten politischen Elite; aber gegen die richtete sich gerade der Protest – auch der auf dem Maidan in Kiew.

Jegliche Versuche, den sozialen Fragen auszuweichen, jegliche Zugeständnisse an Nationalismus oder Chauvinismus um welcher Ziele willen auch immer - das zeigen die Ereignisse in der Ukraine nachdrücklich - ziehen unweigerlich Katastrophen nach sich.

Die teilnehmenden Seiten legten so gemeinsam den Grundstein dafür, dass der Konflikt unlösbar wurde. Dies zeigte sich deutlich am Umgang mit der Tragödie von Odessa. Am 2. Mai 2014 verübten nach Zusammenstößen zwischen Kritikern und Anhängern der Regierung in Odessa radikale ukrainische Nationalisten ein Massaker an Regierungsgegnern im dortigen Gewerkschaftshaus. Nach unterschiedlichen Quellen verbrannten zwischen 40 und 100 Menschen, die in das Gebäude geflüchtet waren. Viele waren offensichtlich bereits vor dem Brand ermordet worden. Die Aufklärung der Vorgänge wurde durch die offiziellen Stellen behindert und schließlich unmöglich gemacht. Kritik an der Regierung wurde – wie generell – mit prorussischem Bekenntnis und Terrorismus identifiziert.

Während sich der Protest im Osten der Ukraine zu einem Krieg ausweitete, verstärkten die Nato und Russland ihre militärischen Aktivitäten, indem sie Truppen in die Nähe der Krisenregion verlegten, Manöver abhielten und Auf-

klärungsflüge an den Grenzen der jeweiligen Hoheitsgebiete durchführten. Gleichzeitig gewann die Nationalgarde an Gewicht, die von Kräften der Selbstverteidigung des Maidan, Kämpfern des Rechten Sektors und Freiwilligen der von Oligarchen formierten Truppen verstärkt wurde. Die gesetzliche Grundlage dafür war schon am 13. März 2014 durch das Parlament geschaffen worden.

Bis zur Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 veränderte sich die Situation nicht grundlegend. Petro Poroschenko, selbst einer der reichsten Männer der Ukraine, gewann die Wahlen. Der neue Präsident war bereits Minister in verschiedenen Regierungen gewesen. Er wird als Brücke zwischen dem Teil der Oligarchie, die mehr der EU, und dem, der mehr Russland zuneigt, betrachtet.

Die Gefechte zwischen Aufständischen und Regierungstruppen beziehungsweise der Nationalgarde intensivierten sich, ohne dass es zu einer nennenswerten Initiative zur Befriedung des Konfliktes kam. Dafür wurde nun der Druck auf Russland erhöht. EU-Erweiterungskommissar Füle schlug am 30. Mai vor, der Ukraine, Georgien und Moldawien eine «reale Beitrittsperspektive» zu eröffnen. Zeitgleich teilte Geoffrey Pyatt, der US-Botschafter in der Ukraine, mit, dass die Militärhilfe der USA für die Ukraine verdreifacht werde.

Ab Juni wurde die Lage in der Südostukraine immer unübersichtlicher, die Berichte aller beteiligten Seiten wurden immer unglaubwürdiger. Es ist vom Einsatz ausländischer Söldner, privater Sicherheitsfirmen und regulärer russischer Truppen die Rede, ohne dass stichhaltige Beweise für irgendeine Variante vorlägen. Das unwürdige Gezerre um die Aufklärung des Abschusses einer Passagiermaschine der Malaysian Airlines am 17. Juli 2014, die bis heute nicht abgeschlossen ist, ist das offen-

sichtlichste Beispiel für das Geflecht von Lügen und Halbwahrheiten, das über den Ereignissen liegt.

Am 5. September kam es zu einem Waffenstillstand, der allerdings brüchig ist. Seitdem gibt es immer wieder Kämpfe, ohne dass sich an der Situation etwas Grundlegendes geändert hätte. Weder die Wahlen in der Ukraine noch Referenden in den Aufstandsgebieten haben Stabilität bringen können oder einen Willen zur Deeskalation sichtbar gemacht. Jüngstes Beispiel für den Willen zur Verstärkung des Konfliktes ist die Einstellung der Zahlung staatlicher Sozialleistungen in den umkämpften Gebieten. Etwa eine Million Menschen sind auf der Flucht, die Zahl der Toten und Verletzten kann nur geschätzt werden, die Zerstörungen sind enorm.

Die Entwicklungen der letzten zwei Jahre ähneln der Dynamik der Kriege in der Balkanregion in den 1990er Jahren, im Nahen Osten oder um Nagorno Karabach. Die Versuche, soziale Widersprüche als ethnische beziehungsweise nationale Gegensätze zu maskieren auf der einen und die Unfähigkeit oder der Unwille, sie zu demaskieren, auf der anderen Seite machen Menschen zu Marionetten der Mächtigen. Jegliche Versuche, den sozialen Fragen auszuweichen, jegliche Zugeständnisse an Nationalismus oder Chauvinismus um welcher Ziele willen auch immer – das zeigen die Ereignisse in der Ukraine nachdrücklich – ziehen unweigerlich Katastrophen nach sich. Sie zeigen sich oft erst Jahrzehnte später, und das in blutiger und in gewissem Maße irrationaler Weise.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Vitalij Atanasov ist ukrainischer Journalist und Politikwissenschaftler.

Lutz Brangsch ist Referent für Demokratie und Staat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Maxym Butkewytsch arbeitet im antirassistischen Projekt «Ohne Grenzen» des *Zentr Sozialna Dija* (Zentrum Soziales Handeln) in Kiew.

Malte Daniljuk ist Kommunikationswissenschaftler, Publizist und Redakteur der Zeitschrift *LuXemburg*.

Judith Dellheim ist Referentin für Solidarische Ökonomie in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

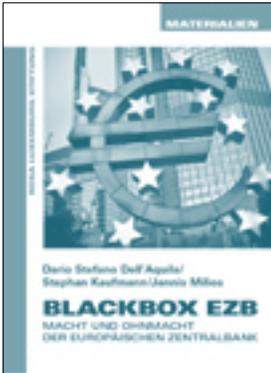
Tiina Fahrni leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau.

Jewhenija Koslowska ist Soziologiestudentin an der Schewtschenko-Universität in Kiew.

Olexandra Nasarowa arbeitet im antirassistischen Projekt «Ohne Grenzen» des *Zentr Sozialna Dija* (Zentrum Soziales Handeln) in Kiew.

Taras Salamaniuk arbeitet als Soziologe am Zentrum für Sozial- und Arbeitsforschung (CSLR) und ist linker Aktivist.

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Dario Stefano Dell'Aquila/
Stephan Kaufmann/Jannis Milios

BLACKBOX EZB MACHT UND OHNMACHT DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

Reihe «Materialien», Dezember 2013
Download unter:
www.rosalux.de/publication/40678



Fanny Zeise/Rabea Hoffmann (Hrsg.)

ERNEUERUNG DURCH STREIK - DIE EIGENE STÄRKE NUTZEN

BEITRÄGE AUS WISSENSCHAFT UND PRAXIS

Reihe «Materialien», März 2014
Download unter:
www.rosalux.de/publication/40300



Redaktionsgruppe Degrowth (Hrsg.)

MEHR ODER WENIGER? WACHSTUMSKRITIK VON LINKS

Reihe «Materialien», August 2014
Download unter:
www.rosalux.de/publication/40728

Impressum

MATERIALIEN Nr. 6

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Dezember 2014

Foto: picture alliance/dpa

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

In Deutschland führte der Konflikt in der und um die Ukraine zu einer Form der öffentlichen Polarisierung, die das Land seit dem Mauerfall nicht mehr erlebt hat. Mit dieser Publikation aus der Reihe Materialien legen wir Texte vor, die helfen sollen, die Ereignisse in der Ukraine in größere Kontexte einzuordnen.